

Der Tabak-Arbeiter

Organ der Tabakarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Der Tabak-Arbeiter erscheint wöchentlich jeden Sonnabend und ist durch alle Postanstalten zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt 1.50 Mark für das Vierteljahr ohne Bringelohn.

Inserate müssen bis Montag mittag in unserer Expedition aufgegeben sein. Der Anzeigenpreis beträgt 35 Pfg. für die 6 gespaltene Zeile. Der Betrag ist im voraus zu entrichten.

Nr. 17

Sonntag, den 26. April

1914

Zum 1. Mai.

So lange die kapitalistische Fron ihr Joch den Arbeitern jahraus, jahrein auf den Nacken zwingt, wird die Klassenbewusste Arbeiterschaft alljährlich am 1. Mai ihre propagandistische Demonstration gegen dieses Joch pflegen. Noch ist die Forderung des

Achtstundentags,

wie sie vor 25 Jahren vom Internationalen Sozialistenkongress in Paris als Einheitsforderung der Arbeiter aller Länder präzisiert wurde, nicht verwirklicht, noch ist die Arbeitszeit erwachsener Arbeiter nicht gesetzlich geregelt. Um so energischer tritt die Arbeiterschaft für diese Forderung am 1. Mai ein. Aber sie weiß, daß auch der Achtstundentag das Joch nicht bricht, sondern nur eine Spanne Zeit zur Erholung von der Last bietet, nur eine Etappe auf dem Wege ist, den die Arbeiterschaft zur Abschüttelung des Joches kämpfend vorwärts schreitet.

Die Fahne des Kapitalismus muß heruntergeholt werden von den Zinnen der Arbeitsstätten, die Arbeit muß befreit werden von der Diktatur der Profitmacherei, wenn ihr Segen ihren Erzeugern, der ganzen arbeitenden Menschheit, ungeschmälert zuteil werden soll. Dieses gemeinsame Ziel schwebt allen vor Augen, die die Forderung des Achtstundentages als eine Probe auf das Exempel betrachten, ob die kapitalistische Diktatur menschlicher Regungen fähig ist und der im Dienste des Kapitalismus schmachenden und darbenenden Arbeiterschaft einen Atemzug mehr zur Erholung gönnen will.

Die Nichterfüllung der Forderung des Achtstundentages zerstört jedoch jede Illusion, die sich an eine friedliche Lösung der kapitalistischen Bande, die die Arbeit umklammern, hängt. Kampf, nur Kampf kann der wirtschaftlichen Entwicklung die Bahn frei machen, auf der die Menschheit ihre Werte zum Heile aller schafft.

Darum muß und wird die Maisfeier eine Kampfanzeige sein, die den herrschenden Mächten zuruft: Tut eure Pflicht! Tut ihr sie nicht, so habt ihr verurteilt, das Szepter zu führen und der arbeitenden Menschheit Bedingungen für ihr Sein zu diktieren! Und alles, was dem Kapitalismus dient, muß mit dem Kapitalismus fallen — so fordert es die Pflicht einer vernunftgemäßen Regelung der Arbeit. Sie wird kommen und alles, was sich dagegen stemmt, wird fallen.

Die Arbeiter selbst sind es, die die neue Ära der Arbeit herbeiführen werden. Denn der Widerstand der herrschenden Klassen zwingt sie, ohne Hoffnung auf deren Mitwirkung allein an die Ausführung des Werkes zu gehen. Alljährlich am 1. Mai — wie immer — trotz der Widerstand der Kapitalisten den Forderungen der Arbeiter entgegen, er stellt die Arbeiter auf sich allein.

Nun wohl, um so klarer, bewusster und sicherer wird das Eintreten der Arbeiter für ihre Forderungen, um so stärker der Wille, das Ziel bald, bald zu erreichen.

Herbei am 1. Mai!

Die Sammlung der Zielbewussten soll der Welt zeigen, wie die Heerscharen wachsen, die den großen Kampf der Arbeit gegen ihre Bedrücker ausfechten werden. Nicht in einer Stunde, nicht an einem Tage wird dieser Kampf entschieden, er zieht sich hin, solange die arbeitenden Klassen nicht geieint Schulter an Schulter stehen. Er zieht sich hin durch die Jahre des Elends, das die unwissenden Arbeitskollegen durch ihre Untätigkeit, durch ihr Fernbleiben von dem Kampfe mitverschulden. Der 1. Mai soll ein Weckruf für sie sein.

Herbei! Herbei! Gibt man uns den Achtstundentag nicht durch Gesetz, so setzen wir an Stelle des Gesetzes den Kampf unserer Organisationen für den Achtstundentag. Und wir werden ihn erreichen, wie manches durch die Organisation bereits erreicht worden ist. Demonstrieren heißt auch: Organisieren! Trotz der Kapitalismus der Maisfeier, so soll ihm durch die Stärkung der Organisation ein unüberwindliches Gegengewicht entgegengestellt werden.

Ueberall, wo Arbeiter die hohe Bedeutung des Kampfes der Arbeit gegen den Kapitalismus erkannt haben, entzündet die Maisfeier immer aufs neue Funken der Begeisterung und die Freude an der Aufklärung und Werbung neuer Kampfgenossen. Die Arbeitsruhe am 1. Mai schafft edleren Gedanken Raum, die im Austausch die Arbeitsgenossen fester verbinden und ihrem Streben die gemeinsame Richtung geben.

Frei soll die Arbeit sein — frei von der Diktatur des Kapitals! Frei die Schöpfer aller Werke, die Gemeingut der Menschheit sind! So will es die Klassenbewusste, organisierte Arbeiterschaft. In diesem Streben feiert sie am 1. Mai. Darum:

Soch die Maisfeier!

Zweierlei Mass.

Je schärfer das Vorgehen der Behörden gegen die freien Gewerkschaften wird, um so greller tritt die Begünstigung der gelben, der christlichen Gewerkschaften und sonstigen von Unternehmern usw. gegründeten Arbeiterorganisationen oder anderen wirtschaftlichen Organisationen (Bund der Landwirte usw.) hervor. Es kann daher gar nicht ausbleiben, daß dieser Unterschied in der Behandlung der Arbeiterverbände von den freien Gewerkschaften im Kampfe gegen die polizeiliche Ausnahmebehandlung in der Öffentlichkeit so breit wie möglich bekannt gegeben wird, damit die Ungerechtigkeit dieses Verfahrens das öffentliche Gewissen schärft.

Der grellste Gegensatz in den Handlungen der Behörden tritt aus folgenden Maßnahmen hervor. Bekanntlich will der Berliner Polizeipräsident — ihm nach noch manche andere Behörde — die freien Gewerkschaften für politische Vereine erklären. Einzelne unhaltbare Gerichtsurteile müssen ihm als Unterlage für sein Vorgehen dienen. Während so fälschlicherweise den Gewerkschaften Zwecke zugeschrieben werden, die sie in Wahrheit nicht verfolgen — weil sie ihrem ganzen Wesen nach nur wirtschaftliche Kampforganisationen sind, die mit Politik nichts zu tun haben und das Politisieren weder ihren Mitgliedern Vorteile brächte, noch die Ausbreitung der Organisation förderte — betreiben politische Behörden eine über ihre Funktion hinausgehende Agitation für die gelben Gewerkschaften. Folgendes Schriftstück, das der „Vorwärts“ veröffentlicht, diene als Beleg hierfür.

„Der königliche Landrat des Kreises Salzwedel.

3. Nr. 78 G.

Salzwedel, den 21. März 1914.

Der Ausschuss zur Förderung der wirtschaftlichen nationalen Arbeiterbewegung in der Provinz Sachsen hält die Anstellung eines Arbeiterssekretärs für die Altmark in Stendal für notwendig und den gegenwärtigen Zeitpunkt dazu für gut geeignet. Der Herr Oberpräsident beabsichtigt, am Montag, den 6. April cr., 5 1/2 Uhr nachmittags, in Stendal im Landratsamt mit den Landräten der Altmarklichen Kreise und dem dortigen Oberbürgermeister hierüber Beratung zu pflegen und dazu diejenigen Persönlichkeiten aus diesen Kreisen hinzuzuziehen, von welchen ein gewisses Interesse für diese Frage erwartet werden darf.

Ich lade Sie im Auftrage des Herrn Oberpräsidenten zu der gedachten Besprechung hiermit ergeben ein und ersuche im Behinderungsfalle um gefällige umgehende Benachrichtigung.

Das „Berliner Tageblatt“ bemerkt zu dieser Staatsaktion für die Gelben:

Was kümmert in aller Welt den Herrn Oberpräsidenten die Landräte und den Oberbürgermeister die Anstellung eines gelben Arbeiterssekretärs? Fühlen sich diese Herrschaften als Vollzugsausführung jener Kreise, die die gelbe Arbeiterbewegung mit mehr oder minder schönen Mitteln aufpöppeln? Persönlichkeiten, von welchen ein gewisses Interesse für diese Frage erwartet werden darf, sind doch wohl nur Leute, die auf den sanften Druck des Herrn Oberpräsidenten hin zur Unterhaltung eines gelben Sekretariats beisteuern? Der Oberpräsident als Selbstaumler für die gelben Gewerkschaften und die Landräte als Vermittler zahlungskräftiger Persönlichkeiten, das ist wohl das non plus ultra von Einseitigkeit, die unsere Bureaufälle selbst in den Wirtschaftskämpfen belundet.

Als Einseitigkeit können wir das Vorgehen der Behörden im Altmarkischen Kreise nicht bezeichnen, denn wir wünschen nicht, daß die Behörden in gleicher Weise für die freien Gewerkschaften sich bemühen, wie für die gelben oder andere Gewerkschaften. Das ist nicht ihre Aufgabe; sie haben sich überhaupt nur geschäftlich gegenüber den wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiter zu halten, und das schließt jede Begünstigung, sowie jede Benachteiligung irgend eines Arbeiterverbandes aus. Geht man aber gegen die freien Gewerkschaften aus strengster Vor — sogar unter falscher Auslegung des Reichsvereinsgesetzes — und begünstigt dagegen die gelben Gewerkschaften in der eben angeführten Weise, dann ist das nicht einseitig, sondern zweischlächtig.

Diese Zweischlächtigkeit ist nun zwar auch nichts Neues, aber sie tritt auffälliger hervor, weil eben die Hege gegen die freien Gewerkschaften sich täglich verschärft. Sind die Versuche schon mehrfach bereits früher gemacht worden, die freien Gewerkschaften für politische Vereine zu erklären, so hat sich doch kein Polizeifinger gerührt, das gleiche Verfahren gegen gelbe oder christliche Gewerkschaften zu richten.

Nach dem Muster des Berliner Polizeipräsidenten freilich müßten ohne weiteres die gelben Gewerkschaften im Altmarkischen Kreise als politische Vereine erklärt und behandelt werden, da sie mit politischen Behörden in Verbindung stehen, die die Agitation für die Gelben betreiben. Das geht weit über das hinaus, was Polizeipräsident v. Jagow den freien Gewerkschaften als politische Betätigung anfreidet.

Aber nicht nur die gelben Gewerkschaften werden protegirt, auch die christlichen. Kein Dahn trüht danach,

wenn diese den Kampf gegen die Sozialdemokratie, der politischen Partei, von politischen Gesichtspunkten ausführen. Wir veröffentlichen an anderer Stelle eine Anzahl Beweise — die noch vermehrt werden können — dafür, daß in der Tat viel eher Anlaß dazu wäre, diese Gewerkschaften für politisch zu erklären. Aber wohlgemerkt, wir wünschen das nicht, sondern wollen nur auf die Zweischlächtigkeit des Vorgehens der Behörden aufmerksam machen, damit die öffentliche Meinung sich für gleiche Behandlung nach dem Reichsvereinsgesetz ins Zeug lege.

Wie es scheint, will nämlich die preussische Regierung einen Hauptschlag gegen die freien Gewerkschaften führen. Die „Düsseldorfer Zeitung“ will aus zuverlässiger Quelle erfahren haben, daß die preussische Regierung die Unterstellung der freien Gewerkschaften unter das Reichsvereinsgesetz, d. h. ihre Behandlung als politische Vereine, beschlossen habe. Auch die „Braunschweigische Landeszeitung“ meldet, daß die übrigen Polizeiverwaltungen Preussens in allernächster Zeit dem Vorgehen des Berliner Polizeipräsidenten folgen und die gewerkschaftlichen Zentralverbände für politische Vereine erklären werden.

Die „Frankfurter Zeitung“ hat ganz recht, wenn sie meint, „auch die übrigen gewerkschaftlichen Richtungen würden keinen Tag vor ähnlichen Verfolgungsmaßnahmen sicher sein; außerdem aber ist es für die prinzipielle Beurteilung der Sache gleichgültig, ob der Kreis der Verfolgten etwas enger oder weiter gezogen wird. Schon in seinem jetzigen Rahmen ist der Erlaß ein neues beschämendes Dokument der Reaktion in der preussischen Verfassung zur Zeit der Herren Jagow und Dallwitz.“

Hierzu ist zu bemerken, daß doch die Dallwitz und Jagow sich schwerlich derartiges erlauben würden, fänden sie nicht Rückhalt beim preussischen Ministerpräsidenten, der zugleich Reichskanzler ist, der aber seinerzeit als Staatssekretär des Innern die Erklärung abgab, daß das während seiner Amtszeit geschaffene Reichsvereinsgesetz ohne Schikane angewendet werden solle und Gewerkschaften nicht als politische Vereine zu betrachten seien. Die Reaktion ist also nicht bloß in preussischen Bureaukratenstuben zu Hause, auch in der Reichsleitung.

Das ganze grundlose Vorgehen gegen die freien Gewerkschaften ist nur ein Entgegenkommen für die großindustriellen Ausbeuter und Schanzmacher, die die Macht der Gewerkschaften durch Gewaltpolitik brechen wollen, da sie trotz ihrer wirtschaftlichen Uebermacht dieses Ziel bisher nicht selbst erreichen konnten und auch niemals erreichen werden. Praktisch nun aber diese Gewaltpolitik ebenfalls an den Gewerkschaften ab, dann ist das reaktionäre System noch mehr blamiert. Daß der Kampf heiß und von den Gewerkschaften auf der ganzen Linie geführt wird, ist sicher. Nur wird er nicht etwa zwischen den Gewerkschaften und den preussischen Reaktionen allein ausgefochten.

Es ist sicher anzunehmen, daß im Reichstage diese Art der Anwendung des Reichsvereinsgesetzes entweder zurückgewiesen oder daß eine Aenderung des Reichsvereinsgesetzes vorgenommen wird, die der Polizei jeden Eingriff in die gewerkschaftlichen Organisationen verwehrt, ja verbietet. Uebrigens will uns die gewalttätige, vom Raune gebrochene Polizeiaktion gegen die Gewerkschaften als ein diplomatisches Spektakelstück erscheinen, das die Arbeiter von den Vorbereitungen eines neuen Raubzuges auf ihre Taschen ablenken soll. Die Revision des Zolltarifs möchten die Junker und Agrarier gern zur Erhöhung der Zölle auf Lebensmittel ausnützen. Die Kraft der Arbeiter soll durch den Kampf um die Gewerkschaften geschwächt werden, damit sie nicht mit Volkraft sich gegen die Verichlechterung ihrer Lebenslage durch den Zollwucher wenden können. Aber auch hierin wird den Reaktionen und Volkshausbeutern ein Strich durch die Rechnung gemacht werden. Der Kampf wird nur um so mehr in die Tiefe gehen.

Steuertreibereien.

Nun muß es doch wohl jedem klar werden, daß hinter den Steuertreibereien im Tabakgewerbe nicht nur egoistische Wünsche von Interessenten stecken, sondern zweifellos Mächenschaften von amtlichen und nichtamtlichen Stellen, die auf eine neue Steuerbelastung des Tabaks hinarbeiten. Es liegt Methode darin, daß aus der Uebermacht die von uns besprochene Petition an den Reichstag geschickt werden soll, und daß in Baden unter dem Vorhitz des Prinzen zu Löwenstein in dem Orte Appenweier eine Versammlung von Tabakkauern stattfand, in der ebenfalls beschlossen wurde, eine Petition an den Reichstag zu senden, die nichts weniger verlangt, als

eine Erhöhung des Eingangszollens auf ausländischen Tabak von 85 auf 125 A für den Doppelzentner, sowie eine höhere Belastung der Zigaretten.

Das geht weit über das hinaus, was die Udermärker verlangen. Der Appetit kommt also mit dem Essen.

Dazu kommt noch der Vorstoß in der ersten badischen Kammer, bei dem dieselben Gintermänner die Hand im Spiele haben.

Das Allerhöchste ist aber, daß westfälische Zigarrenfabrikanten diese Treibereien mitmachen, die bei der Tabaksteuerbelastung im Jahre 1909 den Mund nicht voll genug nehmen konnten über die Ruinierung der Zigarrenindustrie durch die neue Steuer. In der letzten Nummer des Kreisblattes in Herford hingewiesen worden, wo der Zigarrenfabrikant Schöning-Blottho, der zugleich Kreisabgeordneter ist, dieselbe Steuererhöhung einleitete, wie sie von der Udermark und von Baden ausging. Wie recht hatten wir doch, als wir in Nr. 12 des Tabak-Arbeiter die Petitionsmacherei als ein gefährliches Experiment bezeichneten, das uns äußerst verhängnisvoll erscheint.

Was uns aber noch verdächtiger erscheint, ist die Auslassung Schöning auf dem Herforder Kreistage. Von einem die Entwicklung der Tabakindustrie kennen wolkenden Fabrikanten konnte man doch nicht ernstlich annehmen, daß er sich eine Hebung der Zigarrenindustrie durch eine höhere Belastung der Zigarettenindustrie verspreche. Wir müßten in der Tat ihm das Verständnis der Entwicklung absprechen, wenn er das wirklich annähme. Aber der Herr, der 1909 nicht genug gegen die höhere Belastung der Tabakindustrie mühen konnte, halpelt im Kreistage dieselbe Phrase herunter, die die Udermärker und Badener Tabakbauern bereits hergeleiert haben, nämlich, daß die Steuerliche Spannung zwischen Zigarette und Zigarre seit 1909 verschoben worden sei und daraus die Zurückdrängung des Zigarettenrauchens resultiere. Eine solche oberflächliche Beurteilung der Lage der Zigarrenindustrie hatten wir von diesem Fabrikanten nicht erwartet.

Den Unfuss, daß daran insbesondere die Zigarrenindustrie des Kreises Herford langsam verbluten müsse, haben wir in voriger Nummer des Tabak-Arbeiter bereits abgetan. Daß aber die gesamte Zigarrenindustrie einen Aufschwung erhalten könnte von einer höheren Besteuerung der Zigarette, das kann doch kein Mensch annehmen, der das Umfassen des Zigarettenrauchens in der ganzen Welt sieht. Gegen diese Wandlung müßte eine höhere Besteuerung ankämpfen zu wollen, ist töricht. Man müßte eben, wie die Udermärker Bauern, das Zigarettenrauchen nur für eine „Modetierheit“ ansehen. Aber auch Modetierheiten sind durch Besteuerung nicht abzuschaffen.

Es sei hier daran erinnert, wie man vor der Steuererhöhung von 1909 die Tabakbauern damit belästerte, daß ihnen jahrelang vorgerebet wurde, die Misere des deutschen Tabakbaues stamme daher, daß die Spannung zwischen dem Zoll auf ausländischen Tabak für den inländischen Tabak zu ungünstig sei und daß nur eine Erhöhung des Zolles auf ausländischen Tabak helfen könne. Heute wird dieser Spannungsunfuss schon doppelt getrieben. Die badischen Tabakbauern verlangen aus Spannungsründen eine Erhöhung des Zolles auf ausländischen Tabak — für den doch seit 1909 noch a herbe meine 40 prozentige Wertsteuer besteht — von 85 auf 125 A pro Doppelzentner und Herr Schöning verlangt weiter mit den Bauern eine Spannungserhöhung für die Zigarette. Ob wohl viele Zigarrenfabrikanten auf den Spannungsunfuss hineinfallen werden?

Die Süddeutsche Tabakzeitung besprach in einem „Falsche Wege“ betitelten Artikel diese Steuererhöhung. Aber sie kam darin vorerst nur dazu, die Tabakbauern vor Illusionen zu warnen, als ob eine Zollerhöhung leichteren Absatz deutschen Tabaks und höhere Preise dafür bringen könnte. Die Verbesserung des Anbaues, nicht aber die Erhöhung des Zollsatzes ist das einzige Mittel, welches den deutschen Tabakbau überhaupt lebensfähig erhalten kann, schrieb sie. Ueber die Zigarettensteuer will sie sich noch besonders äußern. Das Blatt scheint ebenfalls zu merken, daß hinter den Petenten Steuererheber stehen, die für eine geplante neue Belastung der Tabakindustrie bereits Einnahme zu machen suchen. Sollten davon die Schöning u. w. wirklich nichts merken?

Interessant ist, was der Artikelschreiber der Süddeutschen Tabakzeitung in seiner Ablehnung der Einladung zur Versammlung in Appenweier an den Referenten der Versammlung, den Bürgermeister und Oekonomierat Säger-Diersheim schrieb:

„Von steuerlichen Maßnahmen zur Aenderung dieses Zustandes verspreche ich mir keinen merkbaren Erfolg, vielmehr ist dieser nur dann zu erwarten, wenn der deutsche Tabakbau mit allen Mitteln Qualität zu fördert. Das Angebot in gutem Umblatt und namentlich in gutem Einlageblatt ist nicht so groß, daß ein qualitativ konkurrenzfähiges deutsches Gewächs nicht zu befriedigenden Preisen Absatz fände, aber die conditio sine qua non (unerlässliche Bedingung) ist, daß der deutsche Tabakbau solche Qualitätstabake erzeugt. Dies erfordert jahrelange zähe Arbeit aller in Betracht kommenden Stellen, und vor allem planmäßige Arbeit.“

Der Briefschreiber ist weiter der Ansicht, daß die Hauptfennig, zum Teil auch die Sechspennigzigarre durch die Besteuerung von 1909 so stark getroffen wurden, daß sie der Zigarette weichen mußten. Hier ist hinzuzufügen, daß allerdings die Verteuerung der Zigaretten durch die höhere Besteuerung mit zur Verbreitung des Zigarettenrauchens beigetragen hat, daß aber bereits vor 1909, ja auch nach der Besteuerung der Zigaretten im Jahre 1906 die Zigarettenindustrie einen starken Aufschwung nahm. Es wäre verkehrt, gerade der Steuer von 1909 die alleinige Wirkung der Zigarettenverdrängung zuzuschreiben.

Es geht uns genau wie vorigem Briefschreiber: Von steuerlichen Maßnahmen, d. h. von einer Erhöhung der Zigarettensteuer verspreche wir uns keinen Erfolg zugunsten der Zigarrenindustrie. Wer diesen Erfolg wirklich erhofft, jagt einem Phantome nach. Aber wir fürchten, daß die Ausrollung der Zigarettensteuer nur der Blendel ist, der weitere Tabaksteuerpläne verhüllen soll. Die Versammlung in Appenweier hat schon einen Zipfel gelüftet. Höheren Zoll auf ausländischen Tabak! lautet die nächste Forderung. Und was folgt weiter? —

Zum polizeilich-gerichtlichen Kampf gegen die Gewerkschaften.

Da gegenwärtig die Auslegung des Reichsvereinsgesetzes dahin geht, unsere Gewerkschaften unter die politischen Vereine einzureihen, wollen wir einer hohen Behörde ihre Aufgabe etwas erleichtern und ihr einige Tatsachen unterbreiten, die ihrem scharfen Auge bisher entgangen zu sein scheinen. Es handelt sich um die gelben Organisationen, die im Westen Deutschlands sich Werkvereine, im Osten reichstreue Vereine nennen. Der Titel „Gewerkschaft“ kommt jenen Vereinen nicht zu. Dagegen werden sie sämtlich zu den politischen Vereinen zu zählen sein, wie sich aus nachstehenden Feststellungen ergeben dürfte.

Zu den ältesten gelben Organisationen in Deutschland gehören die reichstreuen Bergarbeitervereine in Schlesien und im Mansfelder Revier. (Gegründet 1800 und 1891.) Nach außen geben sie sich als Unterstützungs- und Geselligkeitsvereine mit gewerkschaftlichem Einschlag. Die Art ihrer Haupttätigkeit kennzeichnet sie jedoch als politische Wahlvereine im Dienste der Reichspartei. Ihre Vereinsorgane — in Schlesien der „Feierabend des Arbeiters“ und im Mansfelder Revier der „Mansfelder Bergbote“ — sind politische Zeitungen und bei Reichs-, Landtags- und Kommunalwahlen im freikonservativen Sinne tätig. Polizeibehörden, die dem Reichsvereinsgesetz Geltung verschaffen wollen durch der Organe, werden keine Mühe damit haben. Jeder Jahrgang enthält Dutzende Beweise. So ist in einem Bericht des „Feierabends“, in dessen Nummer vom 26. November 1910 über eine Verbandsversammlung der reichstreuen Bergarbeitervereine vom 20. November 1910 zu lesen:

„Ganz besonders interessant gestaltete sich die Besprechung über die Stellungnahme zu den nächsten Reichstagswahlen. Der aus Berlin (als möglicher Kandidat) erscheinende, in der nationalen Arbeiterbewegung außerordentlich erfolgreiche Baron v. Reibnitz hielt einen längeren Vortrag, in dem er sein Programm entwickelte. . . Verschiedene andere Redner erwähnten die Kameraden, schon jetzt in den Vereinen auf die kommenden Wahlen hinzuwirken, damit nicht erst im letzten Augenblick, also zu spät, die Wahlarbeit einsetzt.“

Zu bemerken wäre dabei noch, daß dieser freikonservative Wahlverein Jugendliche von 14 Jahren ab zu seinen Mitglieder zählt.

Mit gleichem Eifer widmeten sich die reichstreuen Vereine im Mansfelder Revier und der „Bergbote“ den Wahlgeschäften bei der Reichstags- und Landtagswahl. So erschien für die Landtagswahl im Jahre 1911 der Wahlauftrag für den konservativen Kandidaten v. Hassell im „Bergboten“, Nr. 29 von 1911, mitunterzeichnet von den Leitern der reichstreuen Vereine.

Genau so hantieren sich die gelben Werkvereine im rheinisch-westfälischen Industriegebiet. Nur der eine Unterschied besteht, daß im Westen die politische Tätigkeit der Werkvereine ausschließlich der nationalliberalen Partei zugute kommt (was übrigens auch im Saargebiet zutrifft). Allerdings ist hier die gelbe Vereinsbewegung noch jung und konnte erst in letzter Zeit — vor allem bei den Gemeindevahlen — politisch wirken. Aber gerade auf diesem Gebiete haben die Werkvereine als Wahlvereine sich anscheinend gut eingeführt. Einige Beispiele:

- 1. Der Werkverein der Zeche Karl Funke beschloß in seiner Versammlung am 16. November 1913 selbständige Vorgehen bei der bevorstehenden Gemeindevaterwahl und stellte die Kandidaten auf.
- 2. Im Werkverein der Zeche Kolonnenblumenbelle-Dumboldt hielt in der Versammlung am 16. November 1913 ein Herr Jost eine Rede zur bevorstehenden Stadtverordnetenwahl und ermahnte zur eifrigsten Unterstützung des Kandidaten des Werkvereins.
- 3. Der Werkverein der Zeche Frei Vogel und Unwerhoff hatte am 20. Oktober 1913 eine Versammlung, die zur bevorstehenden Gemeindevaterwahl Stellung nahm. Am 20. November 1913 konnte die Vereinsleitung folgende Meldung veröffentlichen: „Bei der Gemeindevaterwahl am 12. d. M., an der sich unser Verein zum erstenmal beteiligte, haben wir gezeigt, daß die Sozialdemokraten herrscht. Wir haben 119 Stimmen, die Sozialdemokraten dagegen nur 146 aufgebracht. Bravo!“

Die angeführten Tatsachen sind entnommen dem „Werkverein“ in Essen. Dasselbe Blatt bringt gelegentlich auch Berichte über die Erfolge gelber Wahlvereine in anderen Teilen Deutschlands. Zum Beispiel in Nr. 12, 1914:

In Weiskasser O.-L. wurde der zweite Vorsitzende des vaterländischen Arbeitervereins mit 779 Stimmen in die Gemeindevaterwahl gewählt; der Genosse erhielt 431 Stimmen. „Rechtliche gute Erfolge hatten die Mitglieder des Werkvereins Thale erzuhrten. Ihr Kandidat siegte in Reinfeld in der zweiten Abteilung mit 66 gegen 5 rote Stimmen und in der dritten Abteilung mit 148 gegen 38 sozialdemokratische Stimmen.“

Da die Polizeibehörden in Preußen ohne Zweifel großes Gewicht auf strenge Einhaltung der reichsvereinsgesetzlichen Vorschriften legen, darf man wohl als sicher annehmen, daß die angeführten Vereine und Verbände zu politischen Vereinen erklärt werden. Wir leben doch in einem Reichstaat!

Die Zeitung „Werkverein“ hat übrigens einen vorwiegend politischen Inhalt. Sie wird im ganzen rheinisch-westfälischen Industriegebiet von den Werkvereinen und ihren Mitgliedern als Vereinsorgan benutzt. Aus den Berichten geht hervor, daß die Werkvereine in ihren Versammlungen vorwiegend politische Themen behandeln. In letzter Zeit u. a. auch in folgenden Werkvereinen:

Zeche Langenbrunn: Hier hielt der Vorsitzende Kluge am 11. Januar 1914 einen Vortrag über die Sozialdemokratie

Zeche Wolfshand und Neuwesefel: Am 7. Februar 1914 hielt der Vorsitzende Comly einen Vortrag über die sozialdemokratische Partei.

Bergarbeiterverband Dortmund-Kamm: saßte am 22. Februar 1914 den Beschluß, gegen die „Rote Woche“ der Sozialdemokratie Front zu machen.

Zeche de Wenzel: Die Versammlung am 1. März 1914 besaßte sich mit der Sozialdemokratie und deren Rote Woche.

Zeche Vorfeld: hatte am 8. März Versammlung. Hier be richtete der erste Vorsitzende Schulte von der Rote Woche der sozialdemokratischen Partei und empfahl Gegenmaßnahmen.

Werkverein Rhönitz, Dortmund, besaßte sich in zwei Versammlungen mit der gleichen Sache, am 6. und 13. März 1914. Das erste mal referierte der Vorsitzende und ein Herr Berner, das zweite mal der zweite Vorsitzende.

Werkverein Union Dortmund ging noch gründlicher zu Werke. Hier sprach in zwei Versammlungen — am 26. Februar und am 28. März 1914 — der erste Vorsitzende Berner über die Rote Woche und die Sozialdemokratie. In einer dritten Versammlung des Vereins am 19. März hielt ein Kaufmann Paul Hoffmann einen Vortrag über die Rote Woche sowie über die Lehren von Marx und Engels.

Es wurden weiter politische Neben gehalten in den Versammlungen der Werkvereine:

Gute Hoffnungshütte, wo am 29. März der Leiter des Jugendbundes, Fischer, sprach, auf

Zeche Selzer Neud, wo der Sozialsekretär Schulte am 29. März referierte und auf

Zeche Zollverein, wo am 29. März Steiger Lagemann vor jugendlichen Bergarbeitern einen politischen Vortrag hielt.

Die Zeitung der Gelben in Rheinland-Westfalen, der „Werkverein“, dem all diese Feststellungen entnommen sind, ist nach seinem Inhalt ein politisches Organ. Man findet darin Artikel über die Politik im In- und Auslande, über die Gesetzgebung, über Parteiführer, Angriffe auf politische (sozialdemokratische und Zentrums-) Zeitungen u. a. m. Diese politische Zeitung wird von der Zeitung der gelben Werkvereine den beim Militär dienenden Vereinsmitgliedern unentgeltlich in die Kaserne geschickt. (Die Werkvereine nehmen durchweg Jugendliche von 14 Jahren als Mitglieder auf.) Die Zeitung ist beschloßen vom „Verlag nationaler Schriften“, an dessen Spitze die gelben Führer Heß, Dr. Arnold und Mandrath stehen. Das wurde mitgeteilt in der Versammlung der Verbandsvertreter für die Werkvereine von Essen und Umgegend am 6. Dezember 1913.

Diese keine, sehr kleine Blätterlese mag für heute genügen. Die hier angeführten Tatsachen beschränken sich nur auf die gelben Vereine und auch nur auf zwei Industriegegenden und eine Industriegruppe. Nicht nur von den gelben Vereinen ist so etwas zu melden, sondern auch von allen genuinischen Gewerkschaften, nicht zuletzt von den christlichen, die jetzt ihre häßliche Freude darüber äußern, daß die „sozialdemokratischen“ Gewerkschaften für politisch erklärt wurden.

Rundschau.

Zur Aktion gegen die Gewerkschaften. Der „Offseezeitung“ wird wieder von zuverlässiger Seite aus München gebracht, daß im ganzen Reich in der gleichen Weise gegen die Gewerkschaften vorgegangen werden soll, wie es für Preußen geplant ist. Es schweben zwischen mehreren Bundesstaaten Verhandlungen auf Grund der letzten gerichtlichen Urteilsfeststellung über den politischen Charakter des Bergarbeiterverbandes, nach dem preußischen Vorgang die Stellung der freien Gewerkschaften unter das Reichsvereinsgesetz herbeizuführen. Schon in aller Kürze wird, sobald der Einspruch der Berliner Gewerkschaften gegen die polizeiliche Verfügung des Herrn v. Jagow seine Erledigung gefunden haben wird, auch in den außerpreußischen Bundesstaaten die Behandlung der freien Gewerkschaften als politische Vereine in Kraft treten.

Regierungsgelder für die Gelben? Das Berliner nationalliberale Organ, der „Deutsche Kurier“, hat im Gegensatz zu zahlreichen anderen Vätern seiner Partei eine starke Abneigung gegen die Gelben und sympathisiert mit den christlichen Gewerkschaften. Das mag damit zusammenhängen, daß sein Chefredakteur seinerzeit als nationalliberaler Parteisekretär in Bochum genötigt war, mit den Christen zu teufelmachteln, um mit ihrer Hilfe den Genossen Hue aus dem Reichstag zu verdrängen. Wie dem aber auch sei, jedenfalls bringt der „Deutsche Kurier“ eine außerordentlich interessante und, so viel wir wissen, bisher noch nicht bekannt gewordene Mitteilung über die hohen Wönnerschäften, deren sich die Wirtschaftsfriedlichen zu erfreuen haben. Er läßt sich von „geschätzter Seite“ schreiben:

„Die sogenannte „Wirtschaftsfriedliche Arbeiterbewegung“ (Gelbe), die die nationale Arbeiterbewegung auf das Schlimmste gespalten hat, findet zurzeit ihre Hauptstütze in den konservativ-agrarischen Kreisen. In den geheimen Konferenzen, die zu diesem Zweck unter Teilnahme fast sämtlicher preußischer Ministerien am 23. November 1913 und am 20. November 1913 im Preußischen Abgeordnetenhaus stattfanden, spielten der Bundesführer, Freiherr v. Wangenheim und seine Freunde die erste Rolle. Mit einem dieser Kreise eigentümlichen kategorischen Imperativ forderten sie in diesen Konferenzen von der Regierung die erforderliche finanzielle Unterstützung für diese Bewegung, und die Regierung gewährt infolgedessen der Bewegung namhafte finanzielle Förderung.“

Es ist unbedingt notwendig, daß die Öffentlichkeit über die hier erwähnte finanzielle Unterstützungsaktion der Regierung näher unterrichtet wird. Wenn der Gewährsmann des „Deutschen Kuriers“ seine Angaben nicht weiter will, wird man versuchen müssen, durch eine Anfrage an den Reichskanzler oder auf anderem Wege festzustellen, was an den Behauptungen des „Deutschen Kuriers“ Wahres ist, und ob und mit welchem Recht die Regierung tatsächlich der gelben Bewegung mit öffentlichen Geldern zu Hilfe eilt!

Die Polizei in einer gewerkschaftlichen Betriebsversammlung. Kurz vor den Osterfeiertagen bestätigte das Schöffengericht zu Dresden drei Strafverfügungen gegen zwei Gewerkschaftsangehörige und einen Glaschleifer in Höhe von 150, 50 und 100 M., die von der Polizei verhängt worden waren, weil die drei Genannten als Vorsitzender, Schriftführer und Referent einer rein gewerkschaftlichen Betriebsversammlung der Glasmacher der Fir-

ma Siemens in Dresden einem zur Ueberwachung erschie-
nenen Polizeibeamten keinen angemessenen Platz ange-
wiesen hatten. Die Versammlung sollte zu der bei der
Firma Siemens geachteten gelben Gewerkschaft Stellung
nehmen. Es handelte sich also auf keinen Fall um eine
politische, sondern um eine rein gewerkschaftliche Veran-
staltung, in der die Polizei absolut nichts zu suchen hatte.
Die Versammlungsleitung glaubte daher auch ein Recht
zu haben, einen Gendarm, der als Ueberwachender an der
Versammlung teilnehmen sollte, auf die Unzulässigkeit der
Ueberwachung hinzuweisen und ihm den verlangten Platz
auf dem Podium zu verweigern. Sie stellte es ihm aber
anheim, als Zuhörer an der Versammlung teilzunehmen
und sich selbst einen Platz zu suchen. Da der Gendarm
darauf nicht einging, wurde er auf Grund eines Beschlusses
der Versammlung, die Ueberwachung nicht dulden zu
wollen, zum Verlassen des Saales aufgefordert; er er-
klärte daraufhin die Versammlung — für aufgelöst! Eine
neue, für eine halbe Stunde später angelegte Versamm-
lung wurde durch ein Polizeiaufgebot gesprengt. In ihrem
Antrage auf richterliche Entscheidung über die gegen sie
erlassenen Strafverfügungen machten die eingangs ge-
nannten Versammlungsfunktionäre mit Recht geltend, es
habe sich sowohl bei der ersten als auch bei der zweiten
Versammlung um die Erörterung rein gewerkschaftlicher
Angelegenheiten gehandelt und eine offizielle polizeiliche
Ueberwachung sei daher absolut unzulässig gewesen. Das
Gericht war anderer Meinung. Es nahm an: Aus der
Art der öffentlichen Einladung sei nicht hervorgegangen,
daß die Versammlung nur für die Siemens'schen Arbeiter
veranstaltet war. Für die zweite Versammlung, die ledig-
lich eine Fortsetzung der ersten gewesen sei, wäre die Ein-
ladung auch nicht lediglich an die Siemens'schen Glas-
arbeiter ergangen. Da es sich um eine sogenannte Koali-
tionsversammlung handle, bei der nach vorausgegangener
Entscheidung eine Ueberwachung zulässig sei, wurden die
Strafverfügungen vom Gericht bestätigt. Auf die eine
oder die andere Art: die Gewerkschaften sollen unter die
Polizeifuchtel.

Christlich-nationale Arbeiterwünsche. In Köln tagt
der Ausschuss des Deutschen Arbeiter-Kongresses, die Or-
gane der christlich-nationalen Verbände. Man beschloß,
Eingaben an die Parlamente zu richten, die folgenden
fordern: 1. Einführung der vollen Sonntagsruhe,
2. Beseitigung der von der Kommission des preussischen Ab-
geordnetenhauses vorgenommenen Abschwächungen im
neuen Wohnungsgefeß, 3. Aufrechterhaltung der Steuer
nach dem Gemeinwert beim Kommunalabgabengesetz,
4. Bewilligung größerer Summen für die Zwecke des
Kleinwohnungsweßens, 5. Herabsetzung der Altersgrenze
von 70 auf 65 Jahre im Gesetz über die Aufbesserung der
Alterspensionäre, ferner Erhöhung der Witwen- und
Waisenrenten, Erweiterung der Kinderbeihilfen für in-
valide Arbeiter, Aufbesserung der Unfallrenten.

Schmol und die „politischen“ Gewerkschaften. Die
in Breslau erscheinende Schlesi'sche Zeitung läßt sich von
ihrem h. Korrespondenten aus Berlin melden:

„Die Verfügung des Polizeipräsidenten v. Jagow, die die so-
zialdemokratischen Gewerkschaften als politische Vereine erklärt, er-
regt den lebhaftesten Widerspruch der Beteiligten. In der General-
kommission war darauf hingewiesen worden, daß man zu Massen-
meetings auf der Tempelhofer Spielwiese zurückgreifen müsse, um
hier dann Resolutionen anzunehmen, in denen versichert wird, daß
die Gewerkschaften unpolitisch seien. Die einschüßlicheren Elemente
in der Kommission erklärten aber, daß man mit solchen Massen-
meetings eher das Gegenteil erreichen dürfte, es könnte zu Demon-
strationen kommen, und dann sei man gefordert. Bei den Refor-
mationen der größten Organisation, beschränkte sich der Vorstand
daher einfach auf die Tatsache, daß Herr v. Jagow das Verzeichnis
der Vorstandsmitglieder eingeleitet habe, weil der Verein politisch
sei, und ersuchte dann die Versammlung, die Ortsverwaltung in
ihrem Kampfe gegen Herrn v. Jagow in jeder Weise zu unter-
stützen. Die Gewerkschaften haben strikte Order erhalten, sich in
diesem Sommer so ruhig als möglich zu verhalten und alle Provo-
kationen zu vermeiden.“

Wir teilen diesen blanten Quatsch nur zur Erheit-
erung unserer Leser mit. Mit dem bürgerlichen Schmol hat
hier ein Schall seinen Unfug getrieben, der ihn noch etwas
sehr verspätet in den April schickte. Er mag sich trösten:
Schon mancher seiner langjährigen bürgerlichen Kollegen
ist ebenso hereingefallen. — Gott, wie ist doch die Zeitung
so interessant!

Der Profit könnte leiden. Der Gesamtvorstand des
Verbandes sächsischer Industrieller hat in seiner letzten
Sitzung beschlossen, gegen den Entwurf eines Gesetzes über
die Gefährdung der Jugend durch Furschaufstellung von
Schriften, Abbildungen und Darstellungen Einspruch zu
erheben, weil die Handhabung des Gesetzes zu schweren
Schädigungen der Industrie, insbesondere des
Buchgewerbes, führen könne. — Der Profit ent-
scheidet beim Kapital doch in allen Fragen.

Verbandsteil.

Deutscher Tabakarbeiter-Verband.

Karl Deichmann, Vorsitzender, Bremen, Faulenstraße 58/60, II
(Gewerkschaftshaus), Zimmer 32. — Telefon Nr. 6046.
Bureauzeit von 8 bis 4 Uhr nachmittags.
Für den Vorstand bestimmte Aufschriften sind an das Bureau
des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Faulenstraße 58/60, II
(Gewerkschaftshaus), Zimmer 32, zu adressieren.
Geld-, Einreich- und Vertilgungen nur an H. Nieder-
beck, Bremen, Faulenstraße 58/60 (Gewerkschaftshaus),
Zimmer Nr. 32. — Bankkonto, bei der Bankanstalt der Groß-
händler-Gesellschaft deutscher Konsumvereine m. B. D. in Hamburg.
Scheckkonto Nr. 5349 beim Postamt in Hamburg.
Für die Expedition bestimmte Aufschriften sind an Johs. Krohn,
Bremen, Faulenstraße 58/60, II (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32,
zu adressieren.
Für die Redaktion bestimmte Aufschriften sind an Gustav
Rindorf, Bremen, Faulenstraße 58/60, II (Gewerkschaftshaus),
Zimmer 32, zu adressieren.
Für den Ausschuss bestimmte Aufschriften sind an Emil Giffen,
Honn-Ottenhof, Bielefeldstraße 48 I, zu adressieren.

Bekanntmachungen.

Als verloren wurde gemeldet: Das Mitgliedsbuch S. II. Nr.
65 804, lautend auf Rina Schmidt aus Deuben, eingetr. am 1. Mai
1900, Nr. 2. Im Vorzugsfalle ist das Buch zu konstatieren
und einzulösen. (E. Br. 4771/1)

Abrechnungen vom 1. Quartal gingen in der Zeit vom 14.
bis 21. April beim Vorstand ein:
Gau Braunschweig: Kellinghufen, Rendsburg, Wilsen, Burgdamm,
Heide, Langwedel, Schiffbed, Habersleben, Elbschadt, Wilden-
hausen, Rostod.
Gau Braunschweig: Stendal, Magdeburg, Calbe, Hildesheim,
Langensalza, Helmstedt, Genthin, Nörtingen, Freeden,
Gröden.
Gau Nordhauen: Hessa, Rorbach, Rorbhausen, Hess.-Richtman,
Cassel, Biegenhausen, Kleinmerode, Lützenhimmern.
Gau Gersford: Aheba, Battersfeld, Brode, Reitelstedt, Blothe, Sck-
hemmer, Rübede, Deckinghausen, Ennigloh, Werl, Hohen-
hausen, Seibern, Oagen, Düsterlau, Osabrück, Blashelm,
Mennighüssen, Bejenkamp, Sprabom.
Gau Frankfurt a. M.: Steinau, Froshausen, Teier, Diebrich,
Glehen, Groß-Steinheim.
Gau Heilberg: Ebingen, Lampersheim, Kuhlloch, Schwesingen,
Heilberg, Walldorf, Beerfelden, Bienenbach, Kandel.
Gau Offenbach: Elgerweier.
Gau Karlsruhe: Karlsruhe, Heilbronn, Rastatt, Heidenheim,
Ansbach.
Gau Erfurt: Eisenach, Naumburg, Salzungen, Erfurt.
Gau Dresden: Ober-Ottendorf, Reichen, Dainichen, Großhartmanns-
dorf, Erdmannsdorf, Deuben, Wittweide, Wittenberg, Froh-
burg, Esterwerda.
Gau Breslau: Rüstau, Altmasser, Obfisch, Strehlen, Dungsau,
Brenslau, Strigau, Briesch, Kamisch, Lan.
Gau Berlin: Lindenwalde, Königsberg, Brandenburg, Rönigsberg,
Schwebt, Fürstenwalde, Jülichau, Dahme, Danzig, Dobri-
lugl, Spandau, Cottbus.

Adressen der Bevollmächtigten.

Ober-Ottendorf (11): 1. Bev. Emil Pola, Ober-Ottendorf Nr. 97.
Calbe a. S. (2): 2. Bev. Karl Scharrf, Schloßstr. 82.
Lampersheim (5): 1. Bev. Dits Barth, Vorheimerstr. 51.
Jülichau (12): Alle Aufschriften sind an den 2. Bev. Aug. Schtz,
Poststr. 23, zu richten.

Adressen der Vorsitzenden der Zentralwahlprüfungskommissionen zum
9. Gewerkschaftskongreß:

1. Wahlkreis: Gottf. Osterlag, Altona, Delfterdäke 1.
2. Wahlkreis: Fr. Epp, Rorbhausen, Wolfstr. 14. (Bureau der
Tabakarbeiter.)
3. Wahlkreis: W. Dammann, Gersford, Josenfeld 4.
4. Wahlkreis: Franz Schnell, Frankfurt a. M., Snelkenstr. 113, II.
5. Wahlkreis: Joh. Rothacker, Karlsruhe, Jansenstr. 9, IV.
6. Wahlkreis: Joh. Domeyer, Dresden, Altschloßstr. 2.
7. Wahlkreis: Robert Kühnel, Breslau, Bergstr. 13.
8. Wahlkreis: Wilh. Boerner, Berlin, Dragonerstr. 6 a. (Bureau
der Tabakarbeiter.)

Kandidatenliste zum 9. Gewerkschaftskongreß.

2. Wahlkreis: Saul. Herrn. Schmidt, Rorbhausen, Saul. Heinrich
Borag, Braunschweig.
3. Wahlkreis: Saul. Adolf Heising, Karlsruhe
7. Wahlkreis: Saul. Max Clement, Breslau
8. Wahlkreis: Saul. Robert Densig, Berlin

Folgende Gelder sind bei mir eingegangen:

3. April: Remel B. 19,02. 4. April: Litz B. 59,46. 9. April:
Hamburg B. 100.—, 11. April: Jwidau B. 200.—, Deuben B.
100.—, Geta B. 150.—, Neumarkt B. 50.—, Dobrlugl B. 60.—,
Dainichen B. 50.—, Rorbheim B. 50.—, Erfurt B. 150.—,
Wafungen B. 300.—, Rübede B. 276,46. Freeden B. 50.—, Halle
a. S. B. 100.—, Leisnig B. 100.—, 12. April: Gerienbach B.
32,76. Ermischwerch B. 35,15. Dellingshadt B. 80,08. Plau-
e. Th. B. 64,58. Aheba I. B. 3. 130.—, Freiburg B. 50.—,
13. April: Bamberg B. 100.—, Berlin B. 500.—, Wilsen B.
60.—, Celle B. 40.—, Hohenhausen B. 50.—, Beerfelden B. 50.—,
Hänningen B. 50.—, 14. April: Stendal B. 130.—, Blothe B.
150.—, Battersfeld B. 100.—, Barel B. 100.—, Schiffbed B.
250.—, Spremberg B. 150.—, Eisenach B. 100.—, Altmasser
B. 28.—, Rorbach B. 59,55. Bangen B. 100.—, 15. April:
Rendsburg B. 160.—, Hessa B. 19,92. Bienenbach B. 14.—, Rin-
den B. 300.—, Wittweide B. 50.—, 16. April: Riedelsbach B.
30.—, Langwedel B. 80.—, Hildesheim B. 100.—, 1. 176. Rorb-
hausen B. 1000.—, Dahme B. 500.—, Strehlen B. 64,21. 17. April:
Hamburg B. 2000.—, Kleinmerode B. 204.—, Jülichau B.
142,23. Dungsau B. 72,36. Danzig B. 32,58. Daffow B. 50.—,
18. April: Destrungen B. 50.—
Bremen, den 20. April 1914.
23. Rieber-Welland, Kassierer.

Statistik

für das Kaiserliche Statistische Amt.

An die Gauleiter!

Trotz der vielen Hinweise auf die Wichtigkeit der statistischen
Angaben halten eine Reihe Bevollmächtigter es immer noch nicht
für nötig, diese Angaben zu machen oder schicken die Karten so spät
ein, daß sie nicht mehr mit Berücksichtigung werden können.
Es ist überflüssig, wenn kümmerliche Zahlreihen nach der Ver-
öffentlichung noch Karten einreichen, da diese nicht mehr ver-
wendet werden können.

Wir eruchen nun dringend die Gauleiter, die Bevollmächtigten
ihres Gaues über die Wichtigkeit der Statistik anzuklären und sie
zur pünktlichen Einreichung der Angaben anzuhalten.

Von folgendem Jahressatz ging für den Monat März keine
Angabe ein:

- Gau Braunschweig: Kraustal.
Gau Nordhauen: Frankenhafen, Seheer, Heiligenstadt, Cassel,
Anterrieden, Kempst.
Gau Gersford: Neuenkirchen, Gr.-Algen, Holsen, Jfenstiel, Mennig-
hüssen, Ocklber, Schwenningdorf, Berke, Wekerenger,
Hohenhausen, Oberhausen.
Gau Frankfurt: Ballendar, Panen, Langensalza, Niederrodendach,
Bad Orb, Rüdigen.
Gau Heilberg: Bruchsal, Unterwischheim.
Gau Karlsruhe: Ansbach, München, Schönaich, Stuttgart, Baden-
Baden.
Gau Erfurt: Meuselwitz, Ehrenburg, Mitha, Hohenleuben, Soben-
Rein, Waldorf a. B., Eldeba, Leugera.
Gau Dresden: Frohburg, Swenkau.
Gau Breslau: Grünberg.
Gau Berlin: Göttrin, Wittenberge.

Arbeitsnachweise.

Die Bureaus befinden sich:

- Für den Gau Hamburg:
Altona: Gottlieb Osterlag, Bureau: Delfterdäke 1.
Für Bremen:
Bremen: Heinrich Bobbenkamp, Faulenstr. 58/60 I Zimmer 13.
Sprechstunden: 8½ bis 10½ vormittags und 7 bis 8 Uhr
abends.
Für den Gau Braunschweig:
Braunschweig: Erich Sparrke, Sabelbergerstr. 4.
Sprechstunden: Wochentags von 12 bis 1 Uhr nachmittags
und 6 bis 7 Uhr abends. Sonntags von 10 bis 12 Uhr
vormittags. Auch erhalten Zugereiste dort Arbeitslosen-
unterstützung.
Für den Gau Nordhauen:
Rorbhausen: Verbandsbureau: Wolfstraße 14.
Für den Gau Gersford:
Gersford: Wilhelm Schläter, Winterstraße 68.
Für Köln:
Köln-Deuz: Helmut Badenheuerstraße, Volpertstraße 5

Für den Gau Frankfurt a. M.:
Frankfurt a. M.: Franz Schnell, Snelkenstr. 113 II.
Für den Gau Offenbach:
Offenbach: Georg Durban, Metzgerstr. 16 II.
Für den Gau Heidelberg:
Heidelberg: Ferd. Dahm, Mannheim, H 6, Nr. 21, 7.
Für den Gau Karlsruhe:
Karlsruhe: H. B. Heising, Werberstraße 26, prt.
Für den Gau Erfurt:
Erfurt: Anton Fischer, Albestedterstraße 28.
Sprechstunden: Wochentags von 12 bis 1 nachmittags
7 bis 8 Uhr abends. Sonntags von 11 bis 1 Uhr nachm.
Für den Gau Dresden:
Dresden: A. Rosenh. Dommer, Rippenrostr. 211, Zimmer 34.
Für Gersford: Walter Robitz, Dresden, Bieschen, Logau-
straße 56, prt. Sprechzeit: 12-1 Uhr mittags und 6-7 Uhr
abends; an Sonnabenden nur 3-6 Uhr nachmittags.
Für den Gau Breslau:
Breslau: Wilhelm Krämer, Gewerkschaftshaus, Margareten-
straße 17 II, Zimmer 39.
Für den Gau Berlin:
Berlin: Wilhelm Tschenschner, Berlin, Bureau: Dragoner-
straße 6 a. vorn. II. G. a.
Alle Arbeitsuchenden, sowie Fabrikanten, die in den Bezirken
dieser Arbeitsnachweise wohnen, wollen sich nur an vorstehende
Büros wenden.

Ausländische Arbeitsnachweise.

Schweiz: Zentralarbeitsnachweis für Tabakarbeiter, Volkshaus,
Mehlsäcken. Briefliche Anfragen ist das Rückporto beizulegen.

Internationales Tabakarbeitersekretariat.

Zur Unterstützung der ausgesperrten Zigarrenarbeiter in
Norwegen gingen bei mir ein:
Ben. Cooper (London) 101.70 M.
J. v. d. Weyden (Amsterdam) 507.—
W. Nieder-Welland (Bremen) 250.—
R. Fischer (Zürich) 100.—
Bereits kultiviert 2836.— M., in Summa 3788.70 M.
Bremen, den 20. April 1914.
C. Deichmann, Sekretär.

Mitglieder-Versammlungen.

Alle Mitglieder haben zu erscheinen
Sonntags, den 25. April:
Haberbecken: Ab. 8, bei Hente.
Sonntag, den 26. April:
Gelsen: Nachm. 8, im Arbeiterheim. L.-D.: Abrechnung; Vertilgung;
Zollkasse; Verschickenes.
Mannheim: Nachm. 8, im Erbspringen, O 6, Nr. 1. L.-D.: Ab-
rechnung und Quartalsbericht; Die Situation in der Zigar-
renindustrie und unsere fernere Agitation; Koststandsunter-
suchung; Kartellbericht; Stellungnahme zum Gewerkschafts-
kongreß; Verschickenes.
Montag, den 27. April:
Verenburg: Ab. 8½, im Gewerkschaftshaus. L.-D.: Abrechnung;
Kartellbericht; Verschickenes.
Hildesheim: Ab. 8½, im Gewerkschaftshaus. L.-D. wird dort be-
kannt gegeben. Referent ist Kollege Borag.

Öffentliche Tabakarbeiterversammlungen.

Sonntags, den 25. April:
Altona: Abends 8½ Uhr, bei Rowad. L.-D.: Die Lage der
Tabakarbeiter. Ref.: Verbandssekretär Tiedermann-
Bremen.
Gager: Abends 8½ Uhr, bei Riermann. L.-D.: Die am
1. Juli in Kraft tretenden Vorschriften für
Hausarbeiter. Ref.: Gauleiter Schläter.
Sonntag, den 28. April:
Sengs-Brake: Nachmittags 6 Uhr, in Brate, „Bessealliance“. L.-D.:
Die Lage der Tabakarbeiter und wie kann sie
verbessert werden. Ref.: Verbandssekretär Tiede-
mann-Bremen.
Gummersdorf: Nachm. 4 Uhr, bei Günther in Hüssen. L.-D.: Das
Hausarbeitersgesetz. Ref.: Gauleiter Schläter.
Montag, den 27. April:
Sektimar: Abds. 8½ Uhr, bei Wider. L.-D.: Die Lage der
Tabakarbeiter und wie kann sie zu besserer
Ref.: Verbandssekretär Tiedermann-Bremen.
Dienstag, den 28. April:
Rübede: Abds. 8½ Uhr, bei Bohne. L.-D.: Wie können
die Tabakarbeiter ihre Lage verbessern?
Ref.: G. Tiedermann-Bremen.
Fernere:
Bünde: Am 30. April, abends 7 Uhr, bei Weber.
Blothe: Am 2. Mai, abends 8½ Uhr, Kullerjahl.
Bielefeld: Am 3. Mai, morgens 11 Uhr, bei Pannewann.
Werber: Am 3. Mai, nachm. 4 Uhr.
Minden: Am 4. Mai, abends 7 Uhr, Kolloquium.

Tagestagung:
Tabakbauer, Zigarrenfabrikanten und Hersteller Krebzig wollen
den Tabak durch neue Steuern belastet
Referent: G. Rindorf-Bremen.
In dieser Versammlung werden die Abgeordneten des Ver-
bands freilich eingeladen.
Die Tabakarbeiter und -arbeiterinnen müssen vorzüglich zur
Stelle sein!

Wöhne, Kirchlengern, Mennighüssen.

Ausflug nach Wallkate
am Sonntag, den 3. Mai. Abfahrt vom Wallkate-Bahnhof in Wöhne
um 1.40 Uhr mittags.

Gestorben:
Am 18. April in Breslau Hermann Essert aus
Breslau, 24 Jahre alt.
Obre seinem Audenten!

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Tabakarbeiter Deutschlands.

Vorstand: Hamburg 21, Rogartstr. 6. Aufsichtsrat: D. Sidow,
Brandenburg a. S., Strindstraße 22.
Eingegangen vom 31. März bis 30. April. Seeheim 50.—,
Gersford 30.—, Hildesheim 15.—, Strigau 50.—, Brandenburg 150.—,
Langwedel 50.—, Siegnig 28,55, Osabrück 50.—, Ansbach 120.— M.
Sterbekasse: Serben 801,54, Rorbach 19,32, Ottenlen 100.—,
Erfurt 70.—, Hamburg 100.—, Minden 80.—, Gimbsbüttel 72,34,
Neulussheim 79,35, Ratibor 81,32, Spreer 60,60, Braunschweig 10,45,
Mannheim 7,50, Gimbsbüttel 67,21, Gersford 13,30, Hildesheim 6,80,
Siegnig 17,88, Brandenburg 29,35, Langwedel 23,98, Ansbach 9,20 M.
Zusätze: Nürnberg 19,32, Ottenlen 100.—, Erfurt 70.—,
Hamburg 200.—, Minden 80.—, Goldberg 50.—, Neuses 125.—,
Gimbsbüttel 132,84, Neulussheim 229,35, Ratibor 31,32, Braun-
schweig 110,45, Reichen 50.—, Kiel 50.—, Kirchlengern 60.—, Bremen 100.—,
Sachsenhausen 100.—, Spreer 100,60, Bismig 74.—, Warmbed 150.—,
Gimbsbüttel 167,21, Mannheim 7,50, Bremerhaven 25.—, Chem-
nitz 50.—, Hagest 50.—, Mühlheim 25.— M.
Krankengeld 76,80 M.
Hamburg, den 20. April 1914.
B. Ditta.

Die Tabakindustrie in Baden 1913.

Aus dem Bericht des badischen Gewerbeaufsichtsamts.

IV.

Es geht dann folgendermaßen weiter im Bericht des Gewerbeaufsichtsamts:

Zigarrenarbeit und Tuberkulose.

Die Frage, ob die Zigarrenarbeit imstande ist, die Lungentuberkulose zu befördern, wird verschiedentlich beantwortet. Daß die Tuberkulose in der Zigarrenindustrie häufig vorkommt, ist unbestreitbar. Die Krankenstatistiken auf Seite 100 geben über das Auftreten der Tuberkulose kein zuverlässiges Material. Die Diagnose „Tuberkulose“ findet sich in den Krankenscheinen nur selten verzeichnet, meist werden die Fälle unter einer Bezeichnung wie „chronische Bronchitis“ oder „Lungenleiden“ in den Listen weitergeführt, wenn auch der tuberkulöse Charakter längst erkannt ist. Weit zuverlässiger ist das Material aus den Sterberegistern, wo Rücksichten auf den Patienten fortfallen und die Diagnose richtig eingetragen wird. Eine Zusammenstellung der Todesfälle an Tuberkulose in den Industriorten des Landbezirks Heidelberg aus den Jahren 1870 bis einschließlich 1905 gibt folgende Resultate:

Orte mit nur Zigarrenindustrie	Zahl der Arbeiter		Orte mit gemischter Industrie	Zahl der Arbeiter		Orte mit anderer Industrie als Zigarrenindustrie	Zahl der Arbeiter	
	absolut	auf 1000 Einwohner		absolut	auf 1000 Einwohner		absolut	auf 1000 Einwohner
St. Ilgen...	179	3,4	Rohrbach			Rauer		
Rixheim...	376	3,6	Zigarrenf. Waggons...	209	2,8	Delfabrik... Siegelei...	112	1,9
Mußloch...	676	3,8	Leimen	642	2,8	Dossenheimer Porphyrbr.	408	2,2
Sandhausen...	895	5,1	Zigarrenf. Zementf. ...	894	4,5	Bammatal Papierf. ...	183	2,4
						Schnoon	238	
						Leberf. ... Holzwarenf. ... Strumpff. ...	49	3,2
							40	

Die Durchschnittszahlen der Tuberkulosesterblichkeit waren in diesem Zeitraum für ganz Baden 2,6 pro Mille; für den Landbezirk Heidelberg 3,1 pro Mille. (Mitteilungen des Bezirksarztes für Heidelberg-Land.)

Hieraus geht hervor, daß die Tuberkulosesterblichkeit in Orten mit ausschließlicher oder vorwiegend Zigarrenindustrie am höchsten ist und die Ziffern aus anderen Industrien übersteigt. Kleine Orte des Bezirks mit rein landwirtschaftlicher Bevölkerung weisen Mortalitätsziffern von 1,2 bis 1,8 auf 1000 Einwohner auf.

Wie schon hervorgehoben, ist die Zahl der Erkrankungen der Atmungsorgane in der Zigarrenindustrie recht beträchtlich. Auf der durch tägliche Staubinhalation chronisch entzündeten Schleimhaut findet der Tuberkelbazillus ein günstigeres Feld für seine Entwicklung, wie bei gesunden Atemwegen. Cesa-Bianchi¹⁾ stellte die große Bedeutung der kontinuierlichen Inhalation von Fabrikstaub als begünstigendes Moment für das Auftreten und für die rasche Entwicklung eines tuberkulösen Prozesses in den Atmungsorganen durch seine Tierexperimente fest. Auch haben die in den stark besetzten Fabrikräumen sich gegenüber sitzenden Zigarrenarbeiter reichlich Gelegenheit, durch tuberkulöse Mitarbeiter infiziert zu werden, sei es durch Einatmung feinerstäubten Auswurfs (Tropfeninfektion) oder durch auf dem Boden eingetrocknetes und beim Kehren aufgewirbeltes Sputum. Eine abtötende Wirkung auf Tuberkelbazillen kommt dem Tabak nicht zu.

Daß in der Zigarrenindustrie ein die Tuberkulose beförderndes Moment liegt, bestätigen Brauer²⁾ und Hoffmann³⁾. Wörtschöffer referiert über die Aussagen mehrerer Kassenärzte, die sich im gleichen Sinne ausdrücken. Demgegenüber betonte Walthers⁴⁾ in einem Vortrag, daß die Beschäftigung in Zigarrenfabriken die Entstehung der Tuberkulose nicht begünstige. Zu einem ähnlichen Schluß kommt Thiele⁵⁾. „Der größte Teil der Tabakarbeiter-tuberkulosen ist nicht durch die Arbeitsverhältnisse bedingt, sondern durch die allgemaine der hygienischen, hygienischen und sozialen Verhältnisse der Gegend, wo diese Industrie ihren Sitz hat. Nur ein kleiner Teil ist auf spezielle gewerbliche Schädigungen zurückzuführen.“ Die widersprechenden Zahlen aus dem badischen Jahresbericht für 1908, Seite 74, legt dieser Autor falsch aus. Die Armut der Bevölkerung als ursächliches Moment für die Häufigkeit der Tuberkulose unter den Zigarrenarbeitern anzuschreiben, geht nicht an. Hat sich doch der Wohlstand gerade mit Einführung dieser Industrie gegen früher gehoben. In dem stärkeren Bezug von Schwächlichen zu der Zigarrenarbeit liegt wohl ein zu beachtendes Moment, indessen kann ihm ein entscheidender Einfluß auf die große Tuberkulosemortalität unter den Zigarrenarbeitern doch nicht zuerkannt werden.

Eine durch lange Jahre aus den Sterbescheinen gewonnene Statistik aus einem Hauptzentrum der Zigarrenindustrie verhandelt der Verfasser der Mitarbeit des Bruchsaler Bezirksarztes Klehe. Ihre Wiedergabe beweist wohl am besten, daß die Zigarrenarbeit die Empfänglichkeit der Luftröhre für die Tuberkuloseinfektion steigert.

Es starben im Amtsbezirk Bruchsal an Lungenschwindsucht im Jahre

1906 insgesamt	169 Personen	darunter Zigarren-Arbeiter	37
1907	181		43
1908	150		33
1909	153		41
1910	144		53
1911	143		30
1912	140		31
Summe	1080		268

Dazu schreibt Klehe:

„Es kommen auf das Jahr durchschnittlich insgesamt 154,28, unter den Zigarrenarbeitern 38,28 Sterbefälle an Tuberkulose vor.“

Die Bevölkerung des Amtsbezirks Bruchsal betrug am 1. Dezember 1906 68 196 Einwohner. Es kommen somit auf tausend Einwohner insgesamt 2,26 Todesfälle an Tuberkulose.

Im Jahre 1906 waren im Amtsbezirk 6708 Zigarrenarbeiter beschäftigt.

Ziehen wir nun diese 6708 Zigarrenarbeiter von der Gesamtbevölkerung und ebenso die Durchschnittszahl der Sterbefälle der Zigarrenarbeiter mit 38 von der Gesamtzahl der Sterbefälle an Lungenschwindsucht von rund 154 ab, so erhalten wir eine Bevölkerungsziffer von 61 488 mit einer Sterbeziffer an Lungenschwindsucht von 116, welcher Summe 6708 Zigarrenarbeiter mit rund 38 Sterbefällen an Lungenschwindsucht gegenüberstehen.

Berechnen wir den Promilleatz der Todesfälle an Tuberkulose zur Gesamtbevölkerung abzüglich der Zigarrenarbeiter, so erhalten wir eine Durchschnittsterblichkeit der nicht in Zigarrenfabriken arbeitenden Bevölkerung von 1,88 pro Mille. Diesem Satze steht eine Sterblichkeitsziffer der Zigarrenarbeiter von 5,66 pro Mille gegenüber. Es ist somit die Sterblichkeit der Zigarrenarbeiter eine gut dreifach höhere, als die der nicht in Zigarrenfabriken arbeitenden Bevölkerung. Die Sterblichkeit an Lungenschwindsucht der letzteren entspricht so ziemlich dem Landesdurchschnitt im Jahre 1910 von 1,65 pro Mille.

Tatsache ist also, daß die Zigarrenarbeiter schwer von Schwindsucht heimgesucht sind. Es muß jedoch zugegeben werden, daß vielfach von Natur aus schon schwächliche Leute sich dem Beruf des Zigarrenarbeiters widmen. Andererseits kann jedoch nicht in Abrede gestellt werden, daß viele schädigende Momente in der Art des Betriebes liegen.

Zunächst ist zu berücksichtigen, daß die Leute erst der Schule entwachsen, also in den Entwicklungsjahren, den Beruf des Zigarrenarbeiters ergreifen, welcher die jungen Leute zu einer sitzenden Lebensweise mit vornübergebeugter Haltung zwingt, die einer freien, ausgiebigen Ausdehnung des Brustkorbs und somit einer Lüftung der Lungen entgegensteht.

Die Leute befinden sich immer in einer mehr oder minder staubigen und eigentümlich reizenden Luft, wie jeder beim Betreten eines Arbeitsraumes an sich selbst erfahren kann.

Nicht gering anzuschlagen ist auch die wenig zweckmäßige Ernährung, die vielfach in Bier und kalter Küche besteht. Es kommt hinzu, daß gerade die weibliche Bevölkerung in der Führung des Haushalts wenig ausgebildet ist. Hier ist nicht allein das mangelhafte Kochen, sondern auch die geringe Übung im Reinhalten der Wohnung, der Wäsche und Kleider und der Haushaltungsgeräte zu nennen.

Zu erwähnen bleibt ferner die vielfach lockere Lebensweise nicht nur des männlichen, sondern auch des weiblichen Teiles der Zigarrenarbeiter. Endlich trägt auch das frühzeitige Heiraten, vielfach herbeigeführt durch den leichten und für den ledigen Stand reichlichen Verdienst, welcher jedoch zur Führung eines Hausstandes nicht ausreicht und so zur Unterernährung führt, nicht geringe Schuld an der Schwächung des Körpers mit seinen nachteiligen Folgen, der Empfänglichkeit für Krankheitskeime und der Erzeugung eines schwächlichen Nachwuchses.“

Die Tabaksteuerfreunde an der Arbeit.

Als schon vor Jahr und Tag von der einen oder andern Seite eine höhere Besteuerung der Tabakindustrie, insbesondere der Zigarrenindustrie, vorgeschlagen wurde, lasen wir in Fachblättern die Neuerung, daß man gerade im Interesse der Tabakindustrie den Teufel nicht an die Wand malen und nicht jede solche Neuerung ernst nehmen sollte. Heute stehen die Tabakinteressenten, soweit sie Unternehmer sind und Tabakbau oder Zigarrenfabrikation betreiben, schon mit beiden Beinen in einer neuen Steuerkampagne, und zwar nicht zur Abwehr neuer Steuern, sondern sie verlangen eine höhere Belastung. Daß das ein sehr gefährliches Spiel ist, haben wir schon in anderen Aufsätzen dieses Blattes dargelegt. Es ist wirklich eine sonderbare Auffassung und führt zu unabsehbaren bedrückenden Konsequenzen, wenn der eine Teil der Industrie gegen den anderen sich aus verschiedenen Ursachen besser entwickelnden anderen Teil nach verstärktem Steuerdruck schreit. Es braucht nicht einmal die seltsame Wirtschaftspolitik Deutschlands in den letzten Jahren angeführt zu werden, um vorauszufragen, daß das Verlangen der Tabakbauern und Zigarrenfabrikanten auf den Tabakbau und die Zigarrenindustrie in letzter Linie wieder zurückzuschlagen wird. Es wird eben ein ewiges Hin- und Herzerren zwischen den einzelnen Gewerben der Tabakindustrie werden, bei dem die Regierung das Fett völlig abzuschöpfen in der Lage ist. Und wenn Tabakinteressenten gar das Tabakmonopol fordern, um der Zigarrenindustrie auf die Beine zu helfen, so ist doch zu bedenken, daß das Reich doch zweifellos aus fiskalischem Interesse einem

Monopol zustimmt. Damit wird aber das Zigarettenmonopol unbedingt ebenfalls zu einem Konkurrenzunternehmen gegen die Zigarrenindustrie, ja, muß dazu werden, da das Reich gezwungen wird zu einer ebenso rationalen Ausnutzung und Entwicklung, wie die Privatindustrie, und zwar schon allein aus Rücksicht auf seine Finanzen.

Wenn nun aber eine Spannung in der Belastung des deutschen und ausländischen Tabaks zugunsten des letzteren, und wenn eine Spannung in der Besteuerung der Zigarren und der Zigarettenindustrie, ebenfalls zugunsten der letzteren, vorhanden ist, so ließe sich doch auch in der Weise ein Ausgleich schaffen, daß die schwerer getroffenen Teile der Tabakindustrie entlastet werden, indem man ebenso lebhaft eine Herabsetzung der Steuern oder Zölle verlangt. Das geschieht aber weder von den Tabakbauern, noch von den Zigarrenfabrikanten; sie wollen den Ausgleich durch eine höhere Belastung der Tabakindustrie beseitigen. Sonderbare Logik, die angesichts der bereits bestehenden furchtbaren Belastung noch unerklärlicher wird.

Aber die Herren sind schon tapfer an der Arbeit und suchen in den Zeitungen Stimmung für ihre Sache zu machen. So bringt die Deutsche Tageszeitung in ihrer Nr. 182 eine Zuschrift aus Baden. Darin heißt es:

Daß die Zigarette die Zigarren billiger Preislagen im besonderen, aber auch die Zigarre überhaupt, immer mehr zurückdrängt, wird nicht bestritten werden können. Ist dieser Umstand zu einem erheblichen Teile in einer Aenderung der Geschmacksrichtung des Rauchers begründet, so beweist die Tatsache doch auch, daß die Zigarette bei weitem nicht in dem Maße steuerlich erfaßt ist, wie dies nicht nur vom fiskalischen Standpunkte aus wünschenswert ist, sondern neuerdings im Interesse der Volkswirtschaft und der Volksgesundheit immer dringender gefordert werden muß. Die Konzentration der Zigarettenfabrikation in großkapitalistischen Unternehmen, die Finanzierung dieser durch den amerikanischen Tabaktrust, das Umfängereisen des Zigarettenrauchens namentlich in den Kreisen der Jugendlichen, die schweren Gesundheitsschädigungen in seinem Gefolge, wie Erkrankungen der Atmungsorgane, des Herzens und des Nervensystems weisen darauf hin, daß mit einer einfachen Erhöhung der Vandalensteuer nicht gebient ist. Vielmehr muß die Verstaatlichung der Zigarettenfabrikation aus allen erwähnten Gründen gefordert werden. Das Monopol allein bietet dem Staate die Möglichkeit, die Erzeugung und den Absatz so zu regeln, daß die heute zutage tretenden volkswirtschaftlichen und gesundheitlichen Schäden auf ein Mindestmaß herabgedrückt werden.

Soll man sich mit diesen Auslassungen beschäftigen, so fällt einem gleich zu Anfang auf, daß der Verfasser sich nicht einmal die Frage vorgelegt hat, ob denn überhaupt das Zigarettenrauchen billiger ist als das Zigarrenrauchen. Wenn man einzig und allein den Uebergang von der Zigarre zur Zigarette auf die steuerliche Spannung zwischen beiden zurückführen will, so muß man doch annehmen, daß das Zigarettenrauchen billiger ist. Das möchten wir aber sehr bezweifeln. Gewiß mag durch die infolge der Steuer notwendigen Verschlechterung der billigen Zigarren, oder wegen des gänzlichen Mangels derselben, mancher zur Zigarette gekommen sein, aber allein darauf beruht die Entwicklung der Zigarettenindustrie nicht. Deshalb ist es auch ungerechtfertigt, eine höhere Belastung der Zigarettenindustrie oder deren Monopolisierung mit der Spannung in der Besteuerung der beiden Industrien begründen zu wollen. Wenn aber der Verfasser eine höhere Besteuerung der Zigarette aus fiskalischen Gründen für wünschenswert erklärt, so begibt er sich dem Grundsatz nach auf ein für die Zigarrenindustrie und den deutschen Tabakbau gefährliches Gebiet. Gerade das fiskalische Interesse hat doch der Zigarrenindustrie und zum Teil auch dem deutschen Tabakbau seine heutige Klemme bereitet. 1909 war doch nur das fiskalische Interesse maßgebend. Besteht man dem Reiche zu, bei dem einen Gewerbe zuzupacken, muß es für sich auch das Recht in Anspruch nehmen, es bei dem anderen zu können, seien es nun finanzielle oder andere Rücksichten, die dazu treiben. Die Salzbadereien über die Volksgesundheit haben wir noch bei jeder Steuerkampagne vernommen. Als wenn sich die Volksgesundheit durch Steuermaßnahmen einrenken ließe! Und außerdem fällt das, was in der Zuschrift über die Gesundheitsschädigungen, vorausgesetzt, daß sie den Tatsachen entsprechen würden, doch auch auf die Zigarrenindustrie. Wieder also eine für die ganze Tabakindustrie bedenkliche Argumentation. Übrigens, wenn es all diesen Leuten ernst wäre mit der Hebung der Volksgesundheit, so würden sie im Tabakgewerbe, insbesondere in der Zigarrenindustrie einen großen Wirkungsfeld finden, denn was unter den Tabakarbeitern infolge der elenden Löhne, der traurigen Wohnungsverhältnisse, der Heim- und Kinderarbeit an Volkstraft vernichtet wird, ist gar nicht auszuspochen; demgegenüber spielen die möglichen Gesundheitsschädigungen der Raucher gar keine Rolle. Also möchte der Verfasser konsequenterweise auch für die Zigarrenindustrie von seinem angeblich humanitären Standpunkt aus das Monopol fordern. Nebenbei wollen wir noch betonen, daß die Lebenshaltung der Zigarettenarbeiter höher ist infolge der besseren Entlohnung, als die der Zigarrenarbeiter, so daß nach dem Verfasser der Zuschrift die besser bezahlten Arbeiter weichen müßten. Aber wann denken Unternehmer bei ihren Plänen jemals an die Arbeiter! Und was die Konzentration der Zigarettenindustrie zu großkapitalistischen Unternehmen anbetrifft, so muß gesagt werden, daß erstens diese Konzentration auch in der Zigarrenindustrie zu finden ist, reichlich verstreut zwar und nicht so lebhaft; daß zweitens aber auch der Verfasser, der sich doch gewiß zu kapitalistischen Anschauungen bekennet, hier auf eine Bahn gerät, deren Ziel ihm doch einigen Schreden einflößen müßte. Denn wenn der Staat alle großkapitalistisch konzentrierten Industrien monopolisieren soll — na, denn man zu! Aber so ist es: Niemand Grund, niemals Konsequenz, wenn diese Art Leute argumentieren. Nur den Beutel füllen, wie es die agrarischen und industriellen Kapitalisten gewohnt sind!

Nachdem eine Spannung in der Belastung von inländischem und ausländischem Tabak vorgerechnet ist, die

¹⁾ Soziale Praxis, Jahrg. XIV Nr. 18.
²⁾ Die Arbeiterzeitung, 1. März 1902.
³⁾ Zeitschrift für Hygiene und Infektionskrankheiten, 73 Bd.
⁴⁾ Das Auftreten der Tuberkulose in Zigarrenfabriken, Klinikal. Tuberkulose 1903, Heft 1.
⁵⁾ Vortrag zur Kenntnis der Tuberkuloseverbreitung in Baden, ebendasselbst.
⁶⁾ Verschiedene Mitteilungen aus und für Baden, 1896, Nr. 21.
⁷⁾ Der Einfluß der Erwerbs- und Arbeitsverhältnisse der Tabakarbeiter auf ihre Gesundheit, Vierteljahrsschrift für geschichtliche Medizin u. s. w., XIV, 1.

Wird im Augenblick nachzuprüfen nicht in der Lage sind, wird gesagt, wie der Hebel anzusehen ist. Drei Wege werden vorgeschlagen.

1. Die Herabsetzung der Inlandsteuer bei gleichbleibendem Auslandszoll.
2. Die Beibehaltung der Inlandsteuer sowie des Wertzolles und die Erhöhung des Gewichtszolles.
3. Die Beibehaltung der Inlandsteuer, die Abschaffung des Wertzolles und eine um so größere Erhöhung des Gewichtszolles.

Schließlich wird aber, da dem Verfasser der eine oder andere Weg nicht gangbar scheint, als allen Interessenten (lieh: Unternehmern! Red. L.-A.) passendsten, der Vorschlag gemacht, Inlandsteuer und Wertsteuer bestehen zu lassen und den Gewichtszoll auf eine Mindesthöhe von 125 A pro Doppelzentner zu bringen. Das soll „den Zigarettenverbrauch heben und den Zigarettenkonsum zurückdrängen und die Verarbeitung des Inlandtabaks fördern“. Am lehrtesten ist es natürlich dem Verfasser nur zu tun, denn sonst würde er seine Arbeit nicht in der „Deutschen Tageszeitung“ veröffentlichen.

Die Zigarettenfabrikanten werden natürlich von der Forderung ihrer agrarischen Steuerbrüder, den Auslandszoll auf 125 A pro Doppelzentner zu erhöhen, recht erbaunt sein. Sie möchten wohl gern das Haus der Zigarettenindustrie angezündet sehen, aber ihre Bude muß natürlich geschützt werden. So spielen also die kapitalistischen Interessenten der Tabakindustrie mit dem Feuer.

Vom belgischen Tabakbau.

Der Tabakbau war in Flandern schon vor Jahrhunderten zu Hause; er fand sein Hauptanbauebiet auf der Südgrenze Westflanderns, namentlich im Südosten der Stadt Ypern. Auch in Ostflandern wurde der Tabak bei Ninove und Grammont in ziemlich starker Ausdehnung angebaut, und fand sich im übrigen als Gartenpflanze, gewöhnlich nur für den eigenen Bedarf angebaut, durch ganz Flandern hin und ebenso in Brabant und den ganzen übrigen südlichen Provinzen Belgiens. Von dem gesamten Tabakbau Belgiens finden sich in den beiden Flandern mehr als drei Fünftel. Im vergangenen Jahre betrug die Gesamtausdehnung des belgischen Tabakbaues rund 3300 Hektar, wovon 1900 Hektar zu Westflandern und 400 Hektar zu Ostflandern gehörten, die übrigen 1000 Hektar fallen auf die übrigen südlichen Provinzen. Wie schon darauf hingedeutet, ist der industrielle Anbau des Tabakbaues auch in den beiden Flandern lokalisiert und zwar in Westflandern vorwiegend auf die Kantone Werwica mit 590 Hektar, Messine mit 550 Hektar, Ypern mit 180 Hektar; in Ostflandern hauptsächlich auf die Kantone Ninove mit 70 Hektar und Grammont mit 70 Hektar. Der Tabak wird meist in kleineren Betrieben kultiviert, wo der Bauer selbst alle für seine Pflege und Ernte nötigen Arbeiten verrichten kann; im Süden von Ypern kultiviert man ihn jedoch auch in größeren Betrieben, in denen er als regelmäßige Ackerfrucht in die Fruchtfolge eingeführt ist. Was an Düngung und Arbeitsaufwand für den Tabakbau verwandt wird, ist so groß, daß es unter normalen Wirtschaftsverhältnissen nie ein entsprechendes Entgelt finden konnte. In den genannten Gegenden Flanderns befinden sich die Bauern aber in der angenehmen Lage, viele billige Arbeitskräfte jederzeit heranzuziehen zu können, so daß sie ihrem Tabak sehr viel Pflege zuteil werden lassen und in den gesteigerten Ernten doch noch ihre Rechnung finden können. Wo man den Tabak gut versorgt, rechnet man auf einen Ertrag von 2080 A auf den Hektar und die Ausgaben auf 1760 A, wovon 1200 A für Düngestoffe und 560 A für Arbeit und Abgaben zu rechnen sind. Man begreift, daß eine Kultur, die solche Kosten verlangt, nur in Gegenden möglich ist, in denen eine sehr zahlreiche Bevölkerung lebt, wo stets viel Arbeitskräfte zur Hand sind und wo man daran gewöhnt ist, große Kapitalien in den Boden zu stecken. Ein solcher Betrieb z. B. im Südosten von Ypern umfaßt 58 Hektar, wovon 12 Hektar Weide waren, das übrige Land war mit allerlei Ackerfrüchten bestellt, und 5 Hektar dienten dem Tabakbau. Von diesen Ackerfrüchten kamen nur die Zuckerrüben und der Tabak zum Verkauf, das übrige blieb in der Wirtschaft, um den großen Viehbestand zu unterhalten. Der Bauer hielt auf diesem Hof 6 Arbeitsstuten, 6 zweijährige Pferde, drei Füllen, 20 Kühe, 15 Färsen, 3 junge Stiere, 8 Kälber, vier Nachzweyer und 30 Ferkel, die er mit sechs Wochen verkaufen wollte. Außerdem machte er jährlich sechs bis sieben Stück von seinem Vieh fett und verkaufte ein paar junge Pferde und die Butter, die auf dem Hof hergestellt wird. Diese Wirtschaft hat also ganz den Typus der gewöhnlichen südflämischen Betriebe: intensive Ackerwirtschaft, Verkauf von verhältnismäßig wenig Ackerfrüchten und starke Zugviehhaltung, welche die erforderlichen Geldeinnahmen in die Wirtschaft bringen muß. Der Tabakbau wird als Spezialkultur — gewissermaßen getrennt von der allgemeinen Wirtschaft — betrieben und war für den Bauer insofern besonders rentabel, weil die dafür erforderliche Arbeit ihm nicht viel Geld kostete; er hatte nämlich zwölf erwachsene oder halberwachsene Kinder, die ihm bei der Arbeit halfen, die allerdings, will man vom Tabakselbe gute Ernten erzielen, nicht gering ist. Der Acker wird vor dem Winter und im Februar gut bearbeitet und stark gedüngt. Hauptdüngung ist vor allem der Stallmist, der von der starken Zugviehhaltung in großen Mengen produziert wird. Es wird damit durchaus nicht gespart, und auf diesem Hofe rechnete der Bauer auf den Hektar nicht weniger als 5000 kg Stallmist. Außerdem erhält das Tabakfeld stets eine Beigabe von Handeldünger, dem Zustande des Aders und dem Ortsgebrauch entsprechend. Bei solcher intensiven Düngung gibt man außer dem Stallmist noch 1000 bis 1200 kg Superphosphat, 300 bis 500 kg schwefelhaltiges Kali, 100 bis 1500 kg in Jauche aufgeweichte Kapseln, 500 bis 700 kg schwefelhaltiges Ammoniak und 500 bis 700 kg Chilisalpeter auf den Hektar. Schon die Düngung ist also bei der Tabakkultur ziemlich kostspielig und kann sich bis auf 1500 A pro Hektar stellen. In der Acker so bearbeitet, wird die Tabaksaat gequollen und anlangend März in Beete ausgelegt. Die Ernte

findet Mitte September statt. In Ostflandern, sowie überall in den Kleinbetrieben, die nur geringe Mengen von Tabak produzieren, pflüht man die ganzen Pflanzen ab und hängt sie an der Mauer des Hauses zum Trocknen auf. Bei Werwica, im Zentrum des Tabakbaues, pflüht man ihn blätterweise zu pflücken, die Blätter auf lange Bindfäden zu ziehen und diese Bindfäden auf einem zwei oder drei Meter hohen Gestell an einem Draht aufzuhängen. Je nach dem Wetter und dem Stadium der Trockenheit werden die in langer Reihe herabhängenden Bindfäden bald näher zusammengeschoben, bald weiter von einander gerückt; bei Regenwetter wird das ganze, im Freien stehende Gerüst mit Strohmatten zugebedt. Die Trocknung dauert etwa 40 bis 60 Tage und erfordert viel Arbeit und Sachkenntnis. Die Erträge an getrockneten Blättern belaufen sich auf 2500 bis 3000 kg, die Preise sind im allgemeinen nicht sehr hoch, sie belaufen sich im Durchschnitt auf 30 A für 50 kg. Im Herbst kommen dann die Händler und bereifen die Tabakgegenden, um die Ernte aufzulaufen. Alle Bauern sind aber über den Stand der Preise und deren Bewegung sehr gut orientiert und beileben sich darum mit dem Verkauf gar nicht, sondern warten das höchste Gebot ab, das sie erzielen können. Die Erträge der belgischen Gesamtabakern belaufen sich pro Jahr auf 8 bis 8,5 Millionen Kilogramm. Der größte Teil dieses Tabaks wird als Pfeifentabak in Belgien selbst konsumiert; nicht nur von der Land- und Arbeiterbevölkerung, sondern auch von anspruchsvolleren belgischen Pfeifenrauchern, die je nach der Herkunft des Krautes zwischen milderem und kräftigerem, aromatischem und ganz seinem Tabak unterscheiden. Obwohl acht Millionen Kilogramm eine ganz hübsche Menge darstellen, so reicht dieselbe doch nicht zur Deckung des heimischen Bedarfs an Pfeifentabak aus. Es müssen deshalb an Kau- und Pfeifentabak noch etwa 100 Tonnen a 20 Zentner eingeführt werden, von denen Algier das meiste liefert, dann folgen Frankreich, die Niederlande, die Vereinigten Staaten von Amerika und andere Länder. Eine Ausfuhr findet fast gar nicht oder nur in minimalem Umfange statt. Ein Teil der belgischen Tabakern kommt wohl auch in den belgischen Zigarettenfabriken zur Verarbeitung, die jedoch den Hauptteil ihres Rohababak aus dem Auslande beziehen. Der Bedarf beläuft sich auf ungefähr 10 000 Tonnen. Bis vor wenigen Jahren lieferte auch Deutschland nach Belgien noch Rohababak in einer Menge von etwas über 1000 Tonnen jährlich im Durchschnitt. Im Jahre 1913 hat jedoch die Ausfuhr von Rohababak aus Deutschland nach Belgien ganz aufgehört, dagegen hat die deutsche Zigarettenindustrie in Belgien immer festeren Boden gefaßt. Während im Jahre 1912 an Zigaretten deutscher Provenienz 51 Doppelzentner nach Belgien verfrachtet wurden, waren es im Jahre 1913 bereits 65 Doppelzentner und im laufenden Jahre dürfte sich das Quantum verdoppeln, wenn sich die Ausfuhr weiter in dem Maße entwickelt, wie sie im Monat Januar eingesezt hat. Denn im Januar 1914 sind bereits 10 Doppelzentner Zigaretten aus Deutschland nach Belgien verfrachtet worden, während es im gleichen Monat des Vorjahres nur 5 Doppelzentner waren. Die belgische Zigarettenindustrie fabriziert aus den eingeführten Rohababak nicht nur für den einheimischen Bedarf, sondern noch darüber hinaus für den Export. Der Handel in Zigaretten und Zigaretten in Belgien bewegt sich in Ein- und Ausfuhr ungefähr mit 80 und 130 Tonnen, was also eine Ueberproduktion der belgischen Fabriken über den einheimischen Bedarf bedeuten würde. Dem Werte nach sind freilich die importierten Zigaretten und Zigaretten den exportierten belgischen Fabrikaten überlegen, denn die 80 Tonnen Einfuhr entsprechen einem Werte von 2,4 Millionen Frank, während der Wert der ausgeführten 150 Tonnen nicht mehr als 6,8 Millionen Frank ausmacht. Man importiert also viel feine Qualitäten und fabriziert in der belgischen Zigaretten- und Zigarettenindustrie für den Export hauptsächlich Ware von geringem oder mittlerem Werte. Resumierend, importiert also Belgien mehr Tabak als es trotz seiner nicht unerheblichen eigenen Tabakkultur exportiert. Der Import von Rohababak verhält sich zu der eigenen Ernte nach steuerbehördlichen Angaben wie 10,1 Millionen Kilogramm zu 10,7 Millionen Kilogramm. Der Tabakkonsum eines Jahres wird auf 21 Millionen Kilogramm geschätzt, was auf den Kopf der Bevölkerung etwas über 2,9 kg im Durchschnitt ausmacht; es wird also bedeutend mehr Tabak wie in Deutschland konsumiert, wo der Standard des Verbrauchs sich auf 1,6 kg pro Kopf stellt, aber wiederum weniger als in den Niederlanden, wo auf den Kopf 3,3 kg kommen. Belgien erhebt von Zigaretten und Zigaretten einen Einfuhrzoll von 600 Frank für 100 kg, von Rohababak 55 Frank für 100 kg. Die Einnahmen des Staates aus dem Tabakzoll stehen unter allen Zolleinnahmen an erster Stelle. Die importierten, nicht verarbeiteten, sowie die getrockneten einheimischen Tabaktragen außerdem eine Steuer von 15 Frank für 100 kg; befreit von der Steuer sind die von Tabakpflanzern für den eigenen Bedarf geernteten Tabak.

Mitteilungen aus dem Beruf

Was der Tabak einbringt. Die Einnahmen des Reiches aus der Besteuerung des Tabaks gehen auch im laufenden Rechnungsjahre wieder stark in die Höhe. Nach den Reichsteuer-Uebersichten des Reichsfinanzamtes beträgt die Soll-Einnahme aus der Zigarettensteuer für die Zeit vom 1. April bis Ende Dezember 1913 rund 38 Millionen Mark, gleichzeitig 1912, und die Soll-Einnahme aus der Steuer auf inländischen Rohababak 7,9 gegen 7,7 Millionen Mark. Die Ist-Einnahme stellt sich für beide Steuern auf 31,1 und 9,1 Millionen Mark gegen 25,7 und 8,6 Millionen Mark im Vorjahre.

Die Haupteinnahmen aus der Tabakbesteuerung, nämlich die Zollerträge, sind aus den genannten Uebersichten nicht zu ersehen, weil diese alle Zolleinnahmen nur in einer Summe nachweisen. Daß aber auch die Zolleinnahmen aus dem Tabak in weiterer Zunahme begriffen sind, läßt sich ohne weiteres aus der Steigerung der Ein-

fuhrmengen schließen. Daß sich doch die Rohababak-Einfuhr von 794 234 Doppelzentner im Jahre 1912 auf 815 949 Doppelzentner im Jahre 1913 vermehrt und ist gleichzeitig die Einfuhr von Zigaretten von 7 430 auf 8 182 Doppelzentner und die Einfuhr von Zigaretten von 3867 auf 4219 Doppelzentner gestiegen.

Die Gesamterträge der Tabakbesteuerung für die Erntejahre (1. Juli bis 30. Juni) 1902/03, 1907/08 und 1912/13 stellen sich nach den Veröffentlichungen des Kaiserlichen Statistischen Amtes wie folgt (in Tausend Mark):

	1902/03	1907/08	1912/13
Inlandsteuer.....	12 287	11 688	11 617
Wertzoll.....	55 486	68 178	79 800
Wertzoll.....	—	—	49 825
Entrogabsteuer.....	—	—	89
Zusammen.....	67 771	79 866	140 791
Ab Abfuhrvergütungen.....	800	894	1 241
bleiben.....	67 491	79 491	139 550
Dazu Zigarettensteuer.....	—	15 740	48 061
Zusammen.....	67 491	95 231	187 611

Im Laufe des letzten Jahrzehnts haben sich also die Einnahmen aus der Tabakbesteuerung von 67 auf annähernd 183 Millionen Mark erhöht, mithin fast verdreifacht. Dabei ist zu beachten, daß im Jahre 1906 die Zigarettensteuer und im Jahre 1909 der Wertzoll auf Rohababak und auf Zigaretten neu hinzugelassen ist und daß 1909 die Zigarettensteuer sowie die Gewichtszölle auf Tabakfabrikate und die Inlandsteuer erhöht worden sind.

Im Jahre 1902/03 kamen auf den Kopf durchschnittlich erst 1,16 A an Tabakabgaben, im Jahre 1907/08 waren es bereits 1,52 A und im Jahre 1912/13 2,75 A. Speziell die Einnahme aus der Zigarettensteuer hat sich von 15 740 000 A im Jahre 1907/09 auf 43 061 000 A im Jahre 1912/13 erhöht, oder pro Kopf von 25 auf 64 S, ein Beweis, in welchem Maße das Zigarettenrauchen bei uns zugenommen hat.

Geschäftsgewinn. Die Georg A. Jaschki A.-G. verteilt für das verfloffene Jahr einen Gewinn von 18 Prozent (im Vorjahre 25 Prozent) auf die Stammaktien und von 5 Prozent auf die Vorzugsaktien. Die Steigerung des Umsatzes gegen das Vorjahr wird auf annähernd 500 Millionen Stück Zigaretten angegeben. Für Klame und Propaganda sind im Geschäftsjahre 1913 mehr ausgegeben worden als im Vorjahre 1 944 284 A.

Dividendenszenen. Der Aufsichtsrat der Zigarettenfabrik Constantin A.-G. in Hannover schlägt der Generalversammlung vor, für das Geschäftsjahr 1913 eine Dividende von 18 Prozent zu verteilen. Außerdem wird vorgeschlagen, das Aktienkapital um 500 000 A, also auf drei Millionen Mark, zu erhöhen.

Generalausschuss der Tabakarbeiter in Katoalla. Am 9. April erklärten 15 000 in Katoalla beschäftigte Tabakarbeiter den Ausstand, dem sich alsbald 4000 in Drama, 4000 in Prawi und 3000 in Saloniki anschlossen. Die Arbeiter fordern eine Lohnerhöhung und Verminderung der Arbeitszeit, ferner Verpflichtung der Arbeitgeber, nur dem Syndikat angehörige Arbeiter einzustellen, sowie das Recht der Inspektion der Werkstätten durch Vertreter des Syndikats. Wie es heißt, wollen die Unternehmer die beiden ersten Forderungen bewilligen, während sie die übrigen ablehnen. Es werden zwischen Arbeitern und Unternehmern Verhandlungen geführt; zuerst fanden die Verhandlungen in Katoalla statt, dann wurden sie nach Saloniki verlegt, wo auch die Organisationsleitung der Arbeiter ihren Sitz hat. Wie am 15. April gemeldet wurde, befürchtete man den Abbruch der Verhandlungen. Weiteres ist uns noch nicht bekannt geworden. Es handelt sich um die Arbeiter, die mit der Bereitung des Rohababak in den verschiedenen Phasen, der Verpackung und dem Versand zu tun haben. Die Depeschendirektoren melden noch, daß es in Saloniki zu Zwischenfällen kam, indem die Ausständigen Arbeitswillige gehindert haben sollen, zur Arbeit zu gehen, so daß die Polizei einschritt.

Von der Zigarettenindustrie auf den Philippinen. In einem Bericht über die Lage der Tabakindustrie im Jahre 1913 auf den Philippinen heißt es: „Kleinere Ausstände der Zigarettenarbeiter, bei denen es sich meist um angeforderte Lohnerhöhungen handelte, sind im verfloffenen Jahre mehrfach vorgekommen. Sie endigten meist damit, daß die Forderungen der Arbeiter bewilligt wurden. Ein Ausstand von großem Umfange, an dem über 12 000 Zigarettenarbeiter teilnahmen, wurde Ende September 1912 durch Einführung eines Registrierungszwanges für die Arbeiter hervorgerufen und dauerte einen vollen Monat. Er endete mit einer völligen Niederlage der Ausständigen, deren Streiklassen gänzlich erschöpft wurden, jedoch nicht ohne den Fabrikanten vorübergehenden erheblichen Schaden zuzufügen zu haben. Unter diesen kam eine Einigung zustande, auf Grund deren keine Fabrik mehr wie bisher Arbeiter einstellen darf, die bei einer anderen Fabrik ausständig sind.“ Da sind ja die Fabrikanten dort im wahren Osten im Verhältnis zu unseren Fabrikanten nette Kerle. Bei uns werden nicht nur Ausständigen nicht eingestellt, sondern in manchen Orten und Gegenden bestehen Abmachungen zwischen den Fabrikanten, daß überhaupt niemand eingestellt wird, der etwa bei irgend einem Fabrikanten aus irgend einem Grunde die Arbeit aufgegeben hat, es sei denn, daß es der bisherige Unternehmer gnädigst gestattet. Auf diese Art bringt man nämlich im „christlich gesitteten“ Deutschland arme Tabakarbeiter, die ihre Lage verbessern wollen, zur Verzweiflung.

Bewegungen im Beruf.

Hamburg. Die Firma Joh. Neubeck erhöhte auf Veranlassung der Gewerkschaft den Lohn für eine Sorte von 14 auf 16 A pro Mille. Dazu wurde der Lohn für eine neue Sorte auf 18 A pro Mille festgesetzt.

Breslau. Die Lohnunterschiede bei der Firma M. Oppenheim sind noch nicht erledigt. Vor Zugung wird gewarnt.

Strasbourg (Prov. Polen). Der Abwehrstreik bei der Firma Aug. Keschke dauert fort. Vor Zugung wird streng gewarnt.

Zu meiner Warnung!

Die Firma Adolf Ellrich & Co. in Berlin

Inhaber Wilh. Joseph u. Max Joseph in Firma L. Cohn & Co.

gesteht in ihrem letzten Inserat nunmehr ein, dass sie nicht die gleiche verstellbare Formenpresse liefern kann als ich. Ich mache wiederholt darauf aufmerksam, dass meine Presse unter D. R. G. M. Nr. 471890 gesetzlich geschützt ist und nur von mir bezogen werden darf. Dieselbe ist in vielen Betrieben eingeführt und stehen Urteile über die praktische Verwendbarkeit gern zur Verfügung.

Ich habe mit dem „Tabak-Arbeiter“ vom 12. April meinen Katalog über Fabrikutensilien versandt, um jedermann die Möglichkeit zu geben, festzustellen, dass die Behauptung der Firma Adolf Ellrich & Co., sie verkaufe viele Artikel 25 pZt. billiger als ich, eine Unwahrheit ist. Auch nicht ein einziger Gegenstand wird 25 pZt. billiger angeboten; im Gegenteil, meist sind meine Preise bedeutend billiger.

Hat die Firma Adolf Ellrich & Co. die dem Verband zugesagten Mk. 1000 bezahlt?

Wie bekannt, hat die Firma Adolf Ellrich & Co. genau die gleichen Inhaber als die Firma L. Cohn & Co. in Berlin. Wer die Kataloge dieser beiden Firmen vergleicht, wird feststellen, dass dieselben Gegenstände bei der einen der beiden Firmen billiger verkauft werden, als bei der anderen! Dass eine Firma mit solchen Geschäftspraktiken mir eine Irreführung der Interessenten vorwirft, ist der Gipfel der Unverfrorenheit.

Heinrich Franck, Berlin N Brunnenstrasse 22

Offerierte div. hundert Zentner
gemischte fertige Zigarreneinlage

pro Pfund 95 A. bei Abnahme von 100 Pfund 90.— A. franco
Zufendung. Hochfeine Mischung je 5 A. Zigaretten. 3/4 Preisliste gratis
und franco. Versand nur unter Nachnahme. [13]

Bernhard R. Müller, Magdeburg, Fürstenwallstr. 9.
Bestes Rohtabak-Verhandelsgeschäft der Provinz. — Begr. 1886

Ernst Wägener, Bremen
Beim steinernen Kreuz 10. Fernruf 6890

Enorm billiges Angebot!
ca. 5000 kg Qualitäts-Domingo-Blätter (fast nur Umblatt)
per Pfd. verzollt 93 A. — Versand nur gegen Nachnahme.

Rohtabak-Handlung
August Durlacher, Mannheim II, B 7, 9.

Empfehle mein reichhaltiges Lager Zigarrentabake. Versand
gegen Nachnahme mit 3 Prozent Skonto. Abgabe jedes Quantum.
Grosses Lager gebrachter Formen.

Schweinefleisch
(Schinken, Kopfschinken, Schmalz, Speck, Fleisch, etc.) frisch
geliefert, garantiert beste Ware,
10 Pfd. Schinken A. 2.90, Schinken
mit 25 und 50 Pfd. Inhalt Pfund
mit 25 A.
Bestellere Bekänder Käse
tollig, kein Kunstschmelz, sondern
Käse, netto 9 Pfd. A. 3.50
ab hier unter Nachnahme.
Heinrich Krogmann
Hortorf (Holl.) Nr. 6821

Carl Roland, Berlin SO
Rathausstrasse 4
Sumatra-Blatt, 2. Klasse, A. 2.—
pro Pfund. Sumatra-Goldblatt
A. 2.50, 3.20, 3.80, 4.—, 5.50 pro
Pfund. Korallenblätter - Beste
A. 2.70, 3.10, 3.60, ohne Klasse,
pro Pfund.
Auf diese Decks gewährt ich seit
3%, 5%, Skonto bei Abnahme
von 10 Pfund. Alle anderen Tabake
billig, von 5 A. an, 3% Skonto.
Alle Tabake braunen köstlich,
sind leicht und ergiebig.

Druckmaschinen Schmalzfeldt & Co., Bremen.
aller Art liefert schnell und billig

Herr Ivan Salomon
i. Fa. Heinrich Franck, Berlin
behauptet

die Unwahrheit
wenn er sagt, wir hätten seine, fälschlich mit
„Patent“ bezeichnete Formenpresse jemals
nachahmen wollen. Wir hielten seine „Patent-
presse“ vom ersten Augenblick an für eine
Spielelei, derenthalb es sich nicht lohnt, ein
Wort zu verlieren, geschweige sie nachzuahmen

Wahrheit ist
daß wir eine weit zweckmäßiger und dauer-
hafter konstruierte, verstellbare Formenpresse
nach wie vor

25 Prozent billiger liefern
Wir danken Herrn Ivan Salomon bestens für
die vorzügliche Reklame und die schönen Er-
folge, die er uns durch seine, vom Konkurrenz-
neid diktierten Angriffe bis jetzt gegeben hat

Adolf Ellrich & Co.
BERLIN N
151 Brunnenstrasse 151

Rohtabak-Handlung
Hengfoss & Maak
Altona-Ottensen
Filiale Berlin N.,
Brunnenstrasse 26. [25]

Jacob Hirsch jr.
Mannheim B 1, 9. [10]
Alle Sorten in- u. ausländi-
scher Tabake zu billigsten
Tagespreisen, inkl. Zoll- u. Wert-
steuer. Post-Versand per Nach-
nahme. Ziel nach Uebereinkunft,
bei Abgabe von Ia. Referenzen.
Versand nur gegen Nachnahme.

Otto Brandes
Tel. 774 Rohtabake Tel. 774
Bremen, Westersir. Nr. 95
empfeht als besonders preiswert:
Sumatra-Decker 170, 190,
200, 220, 230, 250, 300, 350,
380, 420, 460, 580 A
Sumatra-Umblatt 135, 145,
165 A
Java-Vorstenlanden-Decker
180, 230, 250, 300, 350 A
Java-Umblatt 120, 125, 130,
135, 140, 150, 160 A
Java-Einlage 95, 100, 105,
110, 115 A
Mexiko-Decker 230 A
Brasil-Decker 190, 200, 210,
220, 230, 240, 250 A
Brasil-Einlage 140, 150, 160 A
Carmen 105, 110, 115, 130, 140 A
Domingo 100, 110, 120 A
Seedleaf 115 A
Bosgut 95, 100, 105, 110 A, an
amerikanische gesunde Tabake
Havana 250, 300, 350, 400, 600 A
Sämtliche Tabake sind kern-
gesund und wird für tadellosen
Brand garantiert. Versand nur
per Nachnahme. Preise verzollt.

Gelesene
Tabak-Arbeiter
bilden ein ganz vorzügliches
Agitationsmittel, aus diesem
Grunde gebe man sie stets
an unorganisierte Kollegen
weiter

Unterhaltungs-Beilage

des Sabak = Arbeiter

Nr. 17

Sonntag, den 26. April

1914

Alles, was das Gesehene bewegt, findet sich so in schlichter Form in den Stammbüchern niedergelegt; besonders auch das Ideal der Freundschaft, des Zusammenhaltens, der Einigkeit und der Treue wird oft in hohen Worten besungen. Oft möchte der Besitzer des Stammbuchs nach jahrelanger Wandering aus dem Schöße der Lebenswüste, die in den Stammbuchsprüchen niedergelegt waren, schöpfen, oft auch sich der Jugendgenossen erinnern, mit denen sein Lebensweg ihn auf den weiten Wanderfahrten zusammengeführt hatte und zusammengelebt hat. Hatte er Freude und Leid und mochte dann auch wohl manchem ergeben, wie dem erwählten Buchbindergefellen Helber, in dessen Stammbuch es im Eingange heißt:

Wenn ich dann vor mich nimm' dies Buch
Und stetig hin und wieder lach,
So sind ich manchen Namen dein,
Der mir nicht halb kommt in den Sinn.
Wann' er gleich ist ihm Glück und Heil.
Wann' er gleich ist über hundert Mal.

Die schlichten und doch gerade in ihrer Einfachheit ruhenden Worte der Freundschaft und Treue, geben ein Bild davon, welche guter Geist die Gesellschaften durchzog und besetzte.

Lebenswerte.

Heute kennt man keinen anderen Wert als das Geld. Wohl gibt es hier und dort Idealisten, die in der Theorie edlere Lebenswerte wünschen, jedoch erstreben sie sie nicht praktisch, weil sie die praktische Voraussetzung nicht zu erkennen vermögen. Sie sitzen fern vom Leben da und träumen, während die große Welt draußen dem Weibe nachjagt und keine edleren Werte kennt. Und es gibt edlere Werte. Die haben wir erkannt und darum erkämpfen wir Lebensverhältnisse, unter denen diese edleren Werte das Leben zu beherrschen vermögen.

Das Entwicklungsgeßel ist das leitende Geßel der Welt und ein Wert ist darum vom natürlichen Standpunkt aus um so größer, je mehr er diesem Entwicklungsgeße dienlich ist. Für die Entwicklung kommen aber äußere private Besitztümer nicht in Betracht. Die Natur hat im Menschen heute bereits hohe innere Werte geschaffen, das ist die geistige und seelische Veranlagung. Je höher der Mensch in der Entwicklung steht, um so höher sind seine geistigen und seelischen Werte und diese geistigen und seelischen Werte sind es, die im Kulturleben die weitere Entwicklung ausmachen und darum als wahre Lebenswerte in einem Kulturstaate herrschend sein müssen.

Unsere heutige wirtschaftliche Ordnung stellt nicht die Kulturfrage dar. Heute herrscht das Geld, äußerer Wert, als einziger Wert und darum müssen diese wirtschaftlichen Verhältnisse geändert werden. Zur Veränderung dieser Verhältnisse beizutragen, ist aber unsere Aufgabe. Die freigeistige Bewegung erstrebt auch dem wertvollen Mann und der arbeitenden Frau gerechte wirtschaftliche Verhältnisse. Durch Befreiung des ganzen schaffenden Volkes aus wirtschaftlicher Knechtschaft soll allen die Möglichkeit gegeben werden, die edelsten Werte, die die Natur geschaffen, die wahren Lebenswerte, zur Entfaltung zu bringen. Wenn wir wirtschaftlich frei sind, wenn wir durch die Macht und Stärke unserer Organisation gerechte wirtschaftliche Lebensverhältnisse erlangt haben, dann können wir auch unsere höchsten Lebenswerte, dann können wir Geist und Herz zur Geltung bringen. Wir können uns geistig entfalten und unsere Kinder geistig sich entwickeln lassen, wir können in Harmonie und ehelicher Schönheit leben, in höchstem seelischem Glück.

Diese Umwandlung vom wirtschaftlichen Sklaven zum freien Menschen mit voller Entfaltung der Persönlichkeit geht natürlich, wie jede Entwicklung, langsam vor sich. Aber es geht vorwärts. Das zeigt uns der bisherige Erfolg. Darum ist die erste Voraussetzung zur Erlangung jener hohen Lebenswerte die unumkehrbare Treue zur Organisation.

Ein schönes Bild tat sich so vor ihren Augen auf und in jener Zeit mit ihren dürftigen Verhältnissen kam der Geselle doch weiter in der Welt herum als in ihrem Jahrhundert des Verkehrsfortschrittes. Wochten auch die Möglichkeiten der Fußreise und die Entbehrungen auf der Wanderung noch so groß sein, so konnten sich die jungen Mädchen dem Zauber der Wanderpostle doch nicht entziehen und vielen war so recht aus dem Herzen gelprochen, was der Geselle Zimmermann in Breslau als Beispiel in's Stammbuch eingeschriebene:

Wer allezeit beim Dien steht,
Wissen und die Hollein spilt,
Und fremde Lämbe nicht besohnt,
Der ist ein Mann in seiner Zeit.

Die jungen Gesellen waren ja nicht betört und höchst genusslos; sie nahmen mit der schicklichsten Herberge für sich, und jenes Ideal, das ein Ulmer Einzelgänger 1647 entwarf, schwebte ihnen bloß in süßen Träumen vor:

Ein Mann geboten,
Zwei Reispansen geboten,
Eine Kann mit reinlichem Wein,
Ein rünes Bett
Das soll der Buchstaber ihr Herzberg sein.
Dassers freilich mochte das Dichtwort ihnen zur Wahrheit werden:

Und sind ich keine Herberg, so liegt ich zur Nacht,
Wohl unter blauem Himmel, die Sterne hasten Nacht.
Trotzdem verlor ein echtes Gesellschaftenblut in der Fremde nicht den frischen Lebensmut und die Lebensfreude:

Triss, frohlich und frum (täglich)
Ist mein Schmückung
Diese bekannte Devise, die 1645 ins Stammbuch des Gesellen Helber eingeschrieben wurde, siegen sich die meisten Gesellen als Leitstern dienen.
Trinken, Lieben und Gesang bildete das Trifolium, das den mühen, etwas erschelte. Wer möchte es ihnen auch verargen, wenn sie nach lauren Wogen sich nach frohen Festen sehnten, nach Tagen fleißiger Arbeit und der Entbehrung die wenigen Stunden des Genusses auszulösen suchten, wenn sie, statt Kopfhänger zu werden, lieber einer heiteren Lebensphilosophie huldigten und im Sinne jenes Denkspruchs handelten, den 1643 ein Buchdrucker-Geselle Mocher als beste Lebensweisheit für frohgemute Naturen empfahl:

Wer hat einen schönen Apfel und den nicht isst,
Eine schöne Jungfrau und die nicht isst,
Einen hüben Wein und ischreit nicht ein,
Der muß ein sonder Geselle sein.
In manchen mochte sich der Spruch im Stammbuch des Malers Arnold bewahren:

Ein Ding lobne Stid:
Singen und frechen Gedächtnisse halten!
Lachen (Lieben) und Wechen
Ost trinken aus vollem Geßel
Macht viel weile Leute ler.

Obenan auf dem Programm der Jugendherrlichkeit und natürlich das Spiel-Weisheit und die „Liebe heißer Liebe“ verhängern dem lebenslustigen Gesellen die harte Wanderzeit; entweder freut er sich des dabeingelebten Liebeshand in der Erinnerung oder er läßt sich von neuen Liebeshanden fesseln, die er manchmal allerdings ebenso leicht wieder abstreift. „Andere Stäbchen — andere Mädchen“. Auch die Stammbuchsprüche verheerlichen natürlich mit besonderer Vorliebe den Reiz der Liebe; wie herzynig und hart mühen uns manche schickliche Verse jener vom Liebesfrühlingssonnenschein umschienenen jugendlichen Herzen an:

War ich ein kleines Waldbüchlein
Wie bald wollt ich bei dir sein,
Und such viel tausend Schmetterlein geben
Das war mein selbiges Leben (Weislaß 1660).

Kann ein Dichter echte Liebe rührender schildern als der schickliche Geselle, der diesen Spruch eingeschrieben? Und ebenso herzynig klingen oft die eingetragenen Gesellenreime vom Liebesfrühling, vom Schmelzen und Weiden, die in anderen Stammbuchsprüchen angratzen sind.

Malenlocken.

Wollt froh die Arbeit krönen
Den ersten Malentag.
Dann schwingt's rote Glockenbrühen
Hoch über Hain und Hag!
Dein Auge sucht vergebens,
Sings' das Delnem Ohr auch klar:
„Hut aller Not des Lebens
Helf ich Dir, Proletar!“

Und in den fernsten Zonen
Dreht dieser Malenklang
Für alle, die da Ironen
In harten Alltagsrang.
Und wer in blutem Grimme
Sein wundres Herz zerquält,
Die Malenlockensimme
Ihm doch vom Licht erzhält
Denn Licht, das sein Gefunkel
In alle Tiefen schickt,
Zu dem auch, den das Dunkel
Der Sorgenmacht bedrückt!

Horcht hin und laßt Euch packen
Von diesem hehren Laut:
Er krafft Euch Arm und Nacken,
Dass Ihr Euch selbst vertraut!

Zum Licht empor! Das Trübe
Zerfließt im hellen Schein!
Sorgt, dass rings Brudertelie
Und Freiheit kann gedeih'n!
Eint Euch zur starken Wehre,
Die jedem Feind hält stand.
Ihr Proletarierete
Lecht Euch die Brudershand!

Schaut: rings ein erstes Blühen ...
In's junge, zarte Grün
Sollt, frei von Alltagsmühen,
Ihr froh-begehrst steht!
Lauscht drum dem Glockendöhnent
Hoch über Hain und Hag
Schwingt's, wollt die Arbeit krönen
Den ersten Malentag!

Weil's eben Frühling war.

Von Carl Marburger.

Der Franz hatte sofort gesehen, daß die Migi etwas auf dem Herzen hatte. Und sie hielt damit nicht zurück. Ihre Mutter hatte erfahren, daß sie mit ihm „gehe“. Da war sie müde geworden und hat es ihr verboten. Sie sei ja noch ein Fratz, kaum siebzehn Jahre. Er sei ja noch einmal militärfrei. Das könne schon werden, wenn sie sich da in etwas einlassen. Nein, es habe keinen Sinn, und wenn sie noch einmal mit ihm gehe, dann ... Da hatte sie, die Migi, geweint und gesagt, daß sie ohne ihn nicht leben könne. Doch da schimpfte die Mutter noch mehr und auch der Vater, der dazugekommen, meinte, daß es „etwas“ gäbe, wenn sie sich den Franz nicht aus dem Kopfe schlägt.

Und der Vater hält Wort. Mit dem ist nicht zu spaßen. Sie aber kann ohne ihren Franz nicht leben und ...
Sie konnte den Satz nicht vollenden. Und auch der Franz schweig. Das war ihm zu plötzlich gekommen. Er konnte sich nicht in den Gedanken finden, daß er nicht mehr mit der Migi ... Nein, das überlebt auch er nicht. Da, aber was ist da zu machen? Ohne Wissen der Eltern alles beim alten lassen? Das wird nicht gehen. Jetzt werden die Eltern die Migi knupp halten. Aber er könnte hingehen und ihnen sagen, daß er es ernst mit der Migi meine und daß er sie heiraten wolle. Gleich im nächsten Jahre, bis er nur die Sachen mit dem Militär vom Hause habe. Das sagte er der Migi. Sie war aber dagegen, denn es mühe nichts. Sie kenne ihren Vater, und wenn der einmal „Nein“ gesagt, dann bleibt es dabei.

Da schwiegen sie wieder und gingen nebeneinander einher, den Blick zu Boden gesenkt. Sie hatten beide denselben Gedanken, aber sie schauten davort, ihn auszusprechen. Doch endlich drängte er sich dem Franz über die Lippen, und die Migi willigte rasch ein: wenn sie nicht zusammen leben dürfen, dann wollten sie vereint sterben. Einen anderen Ausweg gibt es nicht. Und schon morgen sollte es sein. Sie möge vorgehen, daß sie zu einer Freundin gehe, er wird sich im Geheißte freimachen, dann werden sie sich am Nachmittage begegnen und nach Weidlingau hinausfahren. Dort nehmen sie in einem Gasthose ein Zimmer, schliefen sich ein, und dann kann es an das Sterben gehen. Natürlich durch Gift. Das ist das sicherste. Der Franz wird es schon beschaffen können. Wenn nicht Arsenik, dann Phosphor. ... Ja, sie werden vereint sterben. Als sie nach einer Stunde voneinander sagten, sprachen sie kein Wort. Nur die Hände drückten sie sich innig, und in die Augen sahen sie sich lange und bedeutungsvoll. In dem Klode lag das Gelübde: morgen um vier Uhr bei der Hundstürmer Brücke. Dann schieden sie.

Etwas vor drei war der Franz zur Stelle. Er sah übermäßig aus. Schlafen hatte er nicht gekonnt. Er hatte an seine Eltern gedacht und an die Zeit, da er nach Wien gekommen. Das war zwei Jahre her. Und dann gebachte er der Stunde, in der er Migi kennen gelernt. Und wie schön die Zeit geworden. Wie sie ihm abgehalten vom Trinken und anderen Dingen, denen keinesgleichen ausgesetzt. Und wie schön das alles hätte enden können, wenn ...
Ja, wann! Dann hatte er noch einen Brief an die Eltern geschrieben. Er bat sie um Vergebung wegen seiner Tat, aber ohne Migi könne er nicht leben. Wohl vernahmt trug er den Brief in der Tasche.

Wie er wartend einherschlitt, gab er sich den gleichen Gedanken hin. Ach, wie schön hätte die Zukunft werden können, wie tollig hatte er sie sich gedacht.

Ein leises „Servus, Franz!“ ließ ihn aufblicken. Da stand die Migi vor ihm. Vergott, wie schön sie heute wart! Wie sie sich herausgeputzt hat! Dieses rote Kleid, der silberfarbene Hut ... wie gut sie das liebete. Und um den Hals das goldene Kreuz ...

Er sah sie an, erst entzückt; doch bald umdüsterte sich sein Blick. Und fest reichte er ihr die Hand mit einem wehmütigen „Servus“. Dann gingen sie der Stadtbrücke zu. Schwelgend, in Gedanken verfunken. Er löste die Starten, und sie bestiegen den Zug.

Dann in Sand gehen sie da, ohne ein Wort zu sprechen. Der Ding laufe dahin, Eshörmin — Et. Zeit — Güttel-
borl — Wehlingan.

Sie waren am Ziele und traten auf die Straße. Sie leuchtete die Sonne und vom Grabe herüber kam der köstliche Duft anbrechender Früchte. Ueberall, mo-
hin sie blickten, neues, junges Leben. Frische Blätter und
Grünkeim aus den Stämmen, auf dem Boden kurz, fast
grünes Gras. Sie, wie schon das war!

Und sie freuten sich der Frühlingsbrüche, sahen sie in
sich ein, und ein mächtiges Geheul ging in ihnen auf, den
Frühling zu genießen. Der Abend konnte sie ja nicht in
den Schlaf, und da mehr es noch das harte, ein wenig in
den Schlaf zu gehen. Dort konnte man den Abend erwarten.
Der Frühlingsbrüche, dort konnte man den Abend erwarten.
Der Frühlingsbrüche, dort konnte man den Abend erwarten.

Sie gingen in den Wald, fast aneinander
gedrängt, immerhin auf dem wohlgepflegten Fußwege,
bis an die Stelle, wo die hier oben noch leuchtete, niedrige
Bänke den Weg kreuzte. Man der Abhängung ließen sie sich
nieder. Sie betete den Kopf an seine Schultern, er um-
schlang ihre Taille, und in wehmtigen Schmeigern er-
warteten sie den Abend.

Sie, viel zu früh brach die Dämmerung herein. Und
die Zwei trafen sich vor dem schönen Gleden Erde los und
gingen hinunter nach dem Dorfe. Unten, dicht am Grabe,
saßen die beiden. Vor jedem ein kleines Gärtchen. In
einem derselben saßen sie sich nieder. Es war so schön im
Freien.

Der Reiter kam, und sie bestellten Speise und Trank.
Aber sie rührten kaum davon. Schmeigend saßen sie dort
und warteten in die Luft. Das ging so bis gegen acht Uhr.
Dann brachen sie auf. Frühlingsbrüche und mietete ein
Zimmer im nächsten Gasthause, das er gleich bezahlte. Dann
holte er Milch, und sie gingen hinaus in ihr Zimmer.

Da waren sie nun, allein und entschlossen zu werden.
Sie umarmten und küßten sich, innig und leidenschaftlich.
Dann ließen sie sich auf das Kissen nieder und saßen dort,
Stille an Stille, in innerer Umarmung eine Stunde lang.
Schließlich schloß Frühlingsbrüche die Augen und
schlief. Und wenig später auch sie.

Sie saßen die Hände und sprachen ein Gebet. Das
leuchtete. Es war kurz, aber innig. Und ohne zu ahnen,
schritt Frühlingsbrüche hin auf den Tisch, schloß die Augen
mit den Händen und schloß sie auf den Tisch. Dann erhob er der
Reise ein kleines Gebet.

„Aufmerksam betrachtete ihn die Milch. Sie fragte sie
leise:
„Sich das 2. 2. 2.“
„Ja,“ sagte er. „Weißt du, wie ich dich nicht
betommen. Ueber Erreichtgeit hast ich dich nicht
können abgeben. Das nicht auch.“

„Weißt du, wie ich dich nicht betommen. Ueber
Erreichtgeit hast ich dich nicht können abgeben. Das nicht
auch.“
„Weißt du, wie ich dich nicht betommen. Ueber Erreichtgeit
hast ich dich nicht können abgeben. Das nicht auch.“

„Weißt du, wie ich dich nicht betommen. Ueber Erreichtgeit
hast ich dich nicht können abgeben. Das nicht auch.“
„Weißt du, wie ich dich nicht betommen. Ueber Erreichtgeit
hast ich dich nicht können abgeben. Das nicht auch.“

„Weißt du, wie ich dich nicht betommen. Ueber Erreichtgeit
hast ich dich nicht können abgeben. Das nicht auch.“
„Weißt du, wie ich dich nicht betommen. Ueber Erreichtgeit
hast ich dich nicht können abgeben. Das nicht auch.“

„Weißt du, wie ich dich nicht betommen. Ueber Erreichtgeit
hast ich dich nicht können abgeben. Das nicht auch.“
„Weißt du, wie ich dich nicht betommen. Ueber Erreichtgeit
hast ich dich nicht können abgeben. Das nicht auch.“

„Weißt du, wie ich dich nicht betommen. Ueber Erreichtgeit
hast ich dich nicht können abgeben. Das nicht auch.“
„Weißt du, wie ich dich nicht betommen. Ueber Erreichtgeit
hast ich dich nicht können abgeben. Das nicht auch.“

„Weißt du, wie ich dich nicht betommen. Ueber Erreichtgeit
hast ich dich nicht können abgeben. Das nicht auch.“
„Weißt du, wie ich dich nicht betommen. Ueber Erreichtgeit
hast ich dich nicht können abgeben. Das nicht auch.“

Der Milch zu Boden, fuhr sie leise, verständig fort:
„Ja, da hast du mich gesehnt, das . . . Ja, man
kann so mit a so sich hinlegen. . . weißt du, a so hast du
nicht als . . . man hat sich doch in einem Ort, auch
nicht als . . . ja, und da hast du mich halt die Seite
nicht . . . und weißt du, Frühlingsbrüche — damit die Seite
nicht . . . ein von uns legt sich auf's Sofa, und ein
von uns — sie trug nach dem Bett — und dann tranken wir's
Gut und erwarteten in Tob.“

„Gut,“ sagte Frühlingsbrüche, „da — müssen wir uns
ausgehen.“
„Ja, aber,“ meinte die Milch, „da — müssen wir uns
ausgehen.“

„Gut,“ sagte der Frühlingsbrüche, „Gut, n mir uns aus.“
„Ja, aber,“ meinte die Milch, „da — müssen wir uns
ausgehen.“

„Gut,“ sagte der Frühlingsbrüche, „Gut, n mir uns aus.“
„Ja, aber,“ meinte die Milch, „da — müssen wir uns
ausgehen.“

„Gut,“ sagte der Frühlingsbrüche, „Gut, n mir uns aus.“
„Ja, aber,“ meinte die Milch, „da — müssen wir uns
ausgehen.“

„Gut,“ sagte der Frühlingsbrüche, „Gut, n mir uns aus.“
„Ja, aber,“ meinte die Milch, „da — müssen wir uns
ausgehen.“

„Gut,“ sagte der Frühlingsbrüche, „Gut, n mir uns aus.“
„Ja, aber,“ meinte die Milch, „da — müssen wir uns
ausgehen.“

„Gut,“ sagte der Frühlingsbrüche, „Gut, n mir uns aus.“
„Ja, aber,“ meinte die Milch, „da — müssen wir uns
ausgehen.“

„Gut,“ sagte der Frühlingsbrüche, „Gut, n mir uns aus.“
„Ja, aber,“ meinte die Milch, „da — müssen wir uns
ausgehen.“

„Gut,“ sagte der Frühlingsbrüche, „Gut, n mir uns aus.“
„Ja, aber,“ meinte die Milch, „da — müssen wir uns
ausgehen.“

„Gut,“ sagte der Frühlingsbrüche, „Gut, n mir uns aus.“
„Ja, aber,“ meinte die Milch, „da — müssen wir uns
ausgehen.“

„Gut,“ sagte der Frühlingsbrüche, „Gut, n mir uns aus.“
„Ja, aber,“ meinte die Milch, „da — müssen wir uns
ausgehen.“

„Gut,“ sagte der Frühlingsbrüche, „Gut, n mir uns aus.“
„Ja, aber,“ meinte die Milch, „da — müssen wir uns
ausgehen.“

„Gut,“ sagte der Frühlingsbrüche, „Gut, n mir uns aus.“
„Ja, aber,“ meinte die Milch, „da — müssen wir uns
ausgehen.“

Er dachte das eben nach seiner Zeit. Eine Eieren
benken, wenn sie und in uns der Frühling treibt und alle
Schnepfen springen? Das ist wider die Natur, Herr Vater!
Die Schnepfen müssen sich öffnen, ja wohl, sie müssen —
weil eben Frühling ist.

Gesellschaftliche.

5. 9. Einen unmittelbaren Einblick in das Denken
und Fühlen, in das Leben und Treiben der vergangenen
Zeiten gewährt keine Geschichtsquelle so anschaulich und
getreu wie das Stammbuch, das „Buch der Freundschaft“
das vor dem Aufkommen der Photographie-Studiums auch
in den Kreisen der Erwaclenen allgemein verbreitet war.
In die Gesellschaft brachte der Sport das Stammbuch erst
berühmtheit. Es ist in den Zeiten fortwährender Kultur
Zeit vor dem 30jährigen Kriege auf einem recht tiefen
Stande. Es ist in den Zeiten fortwährender Kultur
Zeit vor dem 30jährigen Kriege auf einem recht tiefen
Stande.

„Gut,“ sagte der Frühlingsbrüche, „Gut, n mir uns aus.“
„Ja, aber,“ meinte die Milch, „da — müssen wir uns
ausgehen.“

„Gut,“ sagte der Frühlingsbrüche, „Gut, n mir uns aus.“
„Ja, aber,“ meinte die Milch, „da — müssen wir uns
ausgehen.“

„Gut,“ sagte der Frühlingsbrüche, „Gut, n mir uns aus.“
„Ja, aber,“ meinte die Milch, „da — müssen wir uns
ausgehen.“

„Gut,“ sagte der Frühlingsbrüche, „Gut, n mir uns aus.“
„Ja, aber,“ meinte die Milch, „da — müssen wir uns
ausgehen.“

„Gut,“ sagte der Frühlingsbrüche, „Gut, n mir uns aus.“
„Ja, aber,“ meinte die Milch, „da — müssen wir uns
ausgehen.“

„Gut,“ sagte der Frühlingsbrüche, „Gut, n mir uns aus.“
„Ja, aber,“ meinte die Milch, „da — müssen wir uns
ausgehen.“

„Gut,“ sagte der Frühlingsbrüche, „Gut, n mir uns aus.“
„Ja, aber,“ meinte die Milch, „da — müssen wir uns
ausgehen.“

„Gut,“ sagte der Frühlingsbrüche, „Gut, n mir uns aus.“
„Ja, aber,“ meinte die Milch, „da — müssen wir uns
ausgehen.“

„Gut,“ sagte der Frühlingsbrüche, „Gut, n mir uns aus.“
„Ja, aber,“ meinte die Milch, „da — müssen wir uns
ausgehen.“

„Gut,“ sagte der Frühlingsbrüche, „Gut, n mir uns aus.“
„Ja, aber,“ meinte die Milch, „da — müssen wir uns
ausgehen.“

„Gut,“ sagte der Frühlingsbrüche, „Gut, n mir uns aus.“
„Ja, aber,“ meinte die Milch, „da — müssen wir uns
ausgehen.“

„Gut,“ sagte der Frühlingsbrüche, „Gut, n mir uns aus.“
„Ja, aber,“ meinte die Milch, „da — müssen wir uns
ausgehen.“

„Gut,“ sagte der Frühlingsbrüche, „Gut, n mir uns aus.“
„Ja, aber,“ meinte die Milch, „da — müssen wir uns
ausgehen.“

„Gut,“ sagte der Frühlingsbrüche, „Gut, n mir uns aus.“
„Ja, aber,“ meinte die Milch, „da — müssen wir uns
ausgehen.“

„Gut,“ sagte der Frühlingsbrüche, „Gut, n mir uns aus.“
„Ja, aber,“ meinte die Milch, „da — müssen wir uns
ausgehen.“

„Gut,“ sagte der Frühlingsbrüche, „Gut, n mir uns aus.“
„Ja, aber,“ meinte die Milch, „da — müssen wir uns
ausgehen.“

„Gut,“ sagte der Frühlingsbrüche, „Gut, n mir uns aus.“
„Ja, aber,“ meinte die Milch, „da — müssen wir uns
ausgehen.“

„Gut,“ sagte der Frühlingsbrüche, „Gut, n mir uns aus.“
„Ja, aber,“ meinte die Milch, „da — müssen wir uns
ausgehen.“

„Gut,“ sagte der Frühlingsbrüche, „Gut, n mir uns aus.“
„Ja, aber,“ meinte die Milch, „da — müssen wir uns
ausgehen.“

„Gut,“ sagte der Frühlingsbrüche, „Gut, n mir uns aus.“
„Ja, aber,“ meinte die Milch, „da — müssen wir uns
ausgehen.“

„Gut,“ sagte der Frühlingsbrüche, „Gut, n mir uns aus.“
„Ja, aber,“ meinte die Milch, „da — müssen wir uns
ausgehen.“

„Gut,“ sagte der Frühlingsbrüche, „Gut, n mir uns aus.“
„Ja, aber,“ meinte die Milch, „da — müssen wir uns
ausgehen.“

„Gut,“ sagte der Frühlingsbrüche, „Gut, n mir uns aus.“
„Ja, aber,“ meinte die Milch, „da — müssen wir uns
ausgehen.“

„Gut,“ sagte der Frühlingsbrüche, „Gut, n mir uns aus.“
„Ja, aber,“ meinte die Milch, „da — müssen wir uns
ausgehen.“

„Gut,“ sagte der Frühlingsbrüche, „Gut, n mir uns aus.“
„Ja, aber,“ meinte die Milch, „da — müssen wir uns
ausgehen.“